Arbeiter-Zeitung

Sonnabend, 27. September 1930
12. Jahrgang. Nummer 225

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wöchentl. 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatl. 2,10 Mk. + [illegible] Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch d. Post bezogen monatl. 2,60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile od. deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß d. Inseratenannahme in d. Hauptexpedition 8 Uhr; in d. Filialen am Tage vorher bis spät. 18 Uhr

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50. Tel. 560 [illegible], Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Tel. 259 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Malbertstr. 11, Tel. 1364, Görlitz: Kunitz 8, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellsch. mbH., Bresl. — Druck: „Peubag", Fil. Breslau, Trebnitz. Str. 50

Brünings schwarzer Faschismus

Die Erhöhung der Erwerbslosenbeiträge endgültig beschlossen / Abbau der Gehälter und Arbeitsdienstpflicht vorgesehen / Die Hungerarmee um 103 000 gestiegen

Wir haben bereits über das neue Raubprogramm der Regierung Brüning berichtet. Wie aus Berlin gemeldet wird, sind die Besprechungen des Kabinetts so weit gediehen, daß nunmehr die geplante Erhöhung der Erwerbslosenbeiträge auf 6½ Prozent feststeht. Damit ist die Erhöhung noch um ½ Prozent höher ausgefallen, als die „Deutsche Allgemeine Zeitung, das Organ der Großkapitalisten, vorausgesagt hatte.

Darüber hinaus hat die Brüning-Regierung auch den allgemeinen Abbau der Gehälter und Pensionen festgelegt. Daß es sich dabei nicht etwa um die Ministergehälter handelt, versteht sich von selbst. Daran denken die Herrschaften nicht, ebensowenig, wie ja auch die Auftraggeber Brünings, die Giftkönige, die Stahlmagnaten und Kohlenbarone an eine Senkung der Riesengehälter ihrer Direktoren denken. Nur die mittleren und unteren Beamten sollen bluten. Aber auch damit ist das Raubprogramm der Brüning-Regierng nicht erschöpft. Neben dem ebenfalls schon gemeldeten Steuernachlaß für die Geldsäcke plant der schwarze Kanzler den Lieblingswunsch der Nazis zu erfüllen. Unter dem Deckmantel einer sogenannten produktiven Erwerbslosenfürsorge soll nunmehr die Arbeitsdienstpflicht eingeführt werden.

•

Diese Demaskierung Brünings als schwarzem Faschisten beleuchtet blitzhell die Situation, die der gewaltge Sieg der Kommunisten am 14. September geschaffen hat. Er signalisiert mit dem an anderer Stelle mitgeteilten Anwachsen der Hungerarmee eine weitere gewaltige Zuspitzung der Krise, in der sich der Kapitalismus befindet. Im Hinblick darauf, daß Hitler sich durchaus gewillt zeigt, mit dem schwarzen Faschisten Brüning gemeinsam zu marschieren, kann es für die Arbeiterklasse nur eines geben:

Alle Kräfte mobilisiert, um die Massen zur schärfsten Offensive zu organisieren. Der schwarzen und schwarzweißroten Faschistenfront muß entgegengestellt werden die rote revolutionäre Einheitsfront aller Ausgebeuteten.

Der Verfall der Wirtschaft

Rapides Anschwellen der Erwerbslosenzahl

Berlin, 23. September.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 19. September 1930 hat die zahlenmäßige Belastung der Arbeitslosenversicherung in der ersten Hälfte des September etwas abgenommen, die der Krisenunterstützung ist dagegen übereinstimmend mit der allgemeinen Entwicklung am Arbeitsmarkt weiter gestiegen. Mit 1 503 000 Köpfen bleibt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung um etwa 3500 hinter dem Stande vom 31. August zurück. Zusammen mit den annähernd 459 000 Krisenunterstützten hat die Belastung beider Unterstützungseinrichtungen eine Gesamtzahl von rund 1 962 000 erreicht und ist damit um etwa 15 000 höher als Ende August.

Erheblich stärker, um etwa 103 000, ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten verfügbaren Arbeitsuchenden gestiegen.

Zu diesem Zugang haben sowohl umfangreiche neue Entlassungen beigetragen, als auch schärfere Erfassung von Wohlfahrtserwerbslosen. Das Anwachsen dieser Zahl gegenüber Ende August um ungefähr 100 000 Köpfe ist auch unter Berücksichtigung der Faktoren statistischer Natur ein Zeichen dafür, daß die Wirtschaft weiterhin in der Depression verharrt.

+

Der Verfall der Wirtschaft geht demnach ununterbrochen weiter. Aussicht auf Besserung ist nicht vorhanden, dagegen mehren sich alle Tage die Anzeichen dafür, daß das Tempo des Verfalls sich verschärft. Was aber tut Brüning? Er will Deutschland mit Hilfe der Arbeitsdienstpflicht in ein großes Arbeitshaus verwandeln. Und Nazis und Sozialdemokraten setzen ihre Schiebereien um Futterkrippen fort. Nur die Kommunisten allein sind es, die sich diesem Untergang entgegenstemmen und den Kampf dagegen organisieren.

Die Kohlengruben sterben

7000 Proleten an der Ruhr vor dem Abbau

Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet, daß die Rheinischen Stahlwerke in Bottropp zum 1. November d. J. 1534 Bergarbeitern und 50 Angestellten gekündigt haben. In Dortmund sind beim Stillegungskommissar eine ganze Anzahl von Stillegungen von Schachtanlagen beantragt. Darunter befindet sich die Gute-Hoffnungs-Hütte in Oberhausen mit 1239 Arbeitern. Auf Zeche Germania kommen 1483 Arbeiter und Angestellte zur Entlassung. Bei der Gewerkschaft Steinkohlenbergbau Friedrich der Große beträgt die Zahl der zur Entlassung Kommenden 960, und auch hier werden die Kokerei- und die Nebenbetriebe stillgelegt. Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch in Dortmund entläßt auf einer seiner Zechen 150 Arbeiter. In Oberhausen-Sprockhövel wird auf der Zeche Kleine Windmühle der gleichen Gewerkschaft die Förderung eingestellt; die Belegschaft wird hier auf einer Nachbarzeche untergebracht.

Die Germaniaschächte der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. in Dortmund-Marten werden am 15. Oktober stillgelegt. Dadurch kommen 1400 Arbeiter und 68 Beamte zur Entlassung.

Die Klöckner-Werke in Castrop-Rauxel haben bei der Demobilmachungsbehörde die Stillegung der Kokerei und Nebengewinnungsanlage der Zeche „Viktor 1-2" beantragt. Demzufolge kommen 83 Arbeiter und 6 Angestellte zur Entlassung.

Die Zeche „Oespel", Gelsenkirchener Bergbau-AG. in Dortmund-Oespel kündigt die Entlassung von 120 Bergarbeitern an, außerdem soll die Einschichtförderung eingeführt werden.

Zusammenkunft Brüning und Hitler in Potsdam

Berlin, 25. September. Die „Welt am Abend" teilt mit, daß in den Tagen des Potsdamer Aufmarsches der Nationalsozialisten vor Hitler eine Zusammenkunft des Reichskanzlers Brüning mit Hitler stattfinden wird. Brüning hat dieser Zusammenkunft, deren Anregung von Hitler ausgegangen ist, zugestimmt.

Calonder bleibt

Genf, 25. September.

Der Präsident des gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichtshofes in Oberschlesien, Calonder, hat, wie in Genfer Kreisen verlautet, sich bereit erklärt, dem gemeinsamen Wunsche der deutschen und der polnischen Regierung stattzugeben und sein Rücktrittsgesuch zurückzuziehen.

Vorwärts zu neuen Kämpfen — vorwärts zu neuen Siegen!

An die Parteiarbeiter des Bezirks Oberschlesien

Im Kampfe gegen eine Welt von Feinden, im Kampfe gegen brutalen Polizei- und Naziterror, im Kampfe gegen Arbeiterverrat, gegen Haß, Lüge und Verleumdung hat die Kommunistische Partei am 14. September auch in Oberschlesien einen gewaltigen Wahlsieg erfochten. Trotz aller Hetze hat die Partei ihre Stimmen am 14. September gegenüber den Maiwahlen um 56 Prozent steigern können, und ist somit die zweitstärkste aller Parteien.

Alle Parteien, von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten, sind im Wahlkampfe entschieden geschlagen worden.

In unzähligen Orten der Provinz Oberschlesien sind wir die stärkste der Parteien. Durch die aufopferungsvolle und unermüdliche Tätigkeit unserer Mitglieder, der Parteifunktionäre und der roten Wahlhelfer in Stadt und Land hat die Partei einen gewaltigen Sieg errungen. Ebenso groß wie unser Stimmengewinn am 14. September, ist auch unser organisatorische Erfolg im Verlauf des Wahlkampfes. Viele neue Ortsgruppen konnten im Landgebiet während des Wahlkampfes gegründet werden. Viele hundert neue Parteimitglieder wurden der Partei als Kämpfer zugeführt.

Neue gewaltige Aufgaben stehen vor der Partei des Bezirks Oberschlesien. Es gilt, alle Kräfte einzusetzen zur Organisierung gewaltiger Kämpfe gegen Unternehmerwillkür, Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung, gegen Steuerdruck und Zollerhöhungen. Es gilt die Massen zu mobilisieren gegen den Faschismus. Es gilt die weitere organisatorische Auswertung unseres Sieges am 14. September. Unsere eroberten Positionen müssen ausgebaut, neue Stützpunkte in den Städten und auf dem Lande geschaffen, Tausende neue Kämpfer für die Partei gewonnen werden. Hierzu gilt es alle Vorbereitungen, alle Maßnahmen zu treffen.

Die Bezirksleitung der KPD. Oberschlesien beruft darum für

Sonntag, den 28. September, vormittags 9,30 Uhr nach Kandrzin

im Saale des Hotels Proske (gegenüber dem Bahnhof) eine

Bezirks-Parteiarbeiterkonferenz

ein.

Tagesordnung:

Die politische Lage nach den Wahlen und unsere Aufgaben.
Referent: Bezirksleiter Genosse Selbmann.

An dieser Konferenz müssen alle Funktionäre der Betriebs- und Straßenzellen und der Ortsgruppen des gesamten Bezirks teilnehmen. Die Zellen und Ortsgruppen müssen zu dieser Konferenz Stellung genommen haben und mindestens einen Delegierten entsenden. (Siehe bereits ergangene Anweisungen.) Darüber hinaus können weitere Parteimitglieder an obiger Konferenz teilnehmen. Der Tagungsort wurde diesmal nach Kandrzin verlegt, um gerade auch den Genossen der Landortgruppen und der neugegründeten Ortsgruppen eine bessere Möglichkeit zur Teilnahme an der Konferenz zu geben.

Wir erwarten, daß alle Zellen und insbesondere auch die Betriebszellen des Industriegebiets und die Ortsgruppen des Landgebiets zahlreich auf der Konferenz vertreten sind.

Genossen, Parteiarbeiter! Gewaltige Aufgaben stehen noch ~~heute~~. Erscheint darum zur Parteiarbeiterkonferenz.

Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksleitung Oberschlesien.

Achtung, Kommunalvertreter!

Gewaltige Aufgaben stehen vor unseren Kommunalfraktionen. In allen Städten und Gemeinden werden in den nächsten Wochen die Brüningschen Diktatursteuern eingeführt. Die Bourgeoisie ist entschlossen, die Sozialfürsorge weiter abzubauen, die in den früheren Jahren in bescheidenen Grenzen durchgeführten Winterhilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen, Klein- und Sozialrentner, überhaupt für die Fürsorgeberechtigten, sollen in diesem Winter ganz in Fortfall kommen.

Aufgabe unserer Fraktionen in den Stadt-, Gemeinde- und Kreisparlamenten ist es, die werktätigen Massen, insbesondere die Erwerbslosen und Fürsorgeberechtigten gegen diese sozialfeindlichen Maßnahmen zu mobilisieren. In all diesen Parlamenten müssen unsere Fraktionen Protest gegen die Einführung der neuen Massensteuern erheben, und die Nichteinteibung durch die kommunalen Exekutivorgane fordern. Durch unser Vorgehen werden wir die sozialfaschistischen und nationalsozialistischen Zuhälter der Kapitalisten als Feinde der Arbeiterklasse entlarven.

Die „Arbeiter-Zeitung" muß mit zur Mobilisierung der werktätigen Massen in Stadt und Land gegen die steuerliche Massenausplünderung eingesetzt werden. Darum ist es Pflicht unserer Kommunalfraktionen, laufend über die Vorgänge in der Kommunalpolitik und unser Vorgehen und das Verhalten der übrigen Parteien in unserer Zeitung zu berichten.

Die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung"

Der ungeheuerliche Betrug an 8½ Millionen Wählern

Sozialdemokraten treiben die Young-Steuern ein!

Hilferding erklärt: Die Einstellung der Sozialdemokratie gegenüber den Notverordnungen ist heute eine andere — Die loyale Haltung der SPD. gegenüber dem Kabinett Brüning

Kaum sind die Wahlen vorüber und schon hat die SPD. ihre Wahlversprechungen in die Gerümpelkammer geworfen. Schamloser denn je zeigt sie sich im Staat, Stadt und Gemeinde als Büttel der Young-Diktatur, als brutalste Eintreiberin der Artikel-48-Steuern. Was schert sie es, wenn Erwerbslosigkeit, Not und Elend im Lande ins Unermeßliche steigen. Sie hat nur ein Interesse: Erhaltung und Sanierung der kapitalistischen Katastrophenwirtschaft.

Die „Dringlichkeit" der Negersteuer

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat die Otto-Braun-Regierung dem Staatsrat den Entwurf eines Ausführungsgesetzes der Artikel-48-Steuern Brünings übermittelt mit der Bitte, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Vorlage (!!) das Gesetz sofort zu verabschieden. Es handelt sich um das gesamte Steuerdiktat Brünings: Negersteuer von 6 Mark, Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränkesteuer usw. Die Durchführungsbestimmungen enthalten zudem noch eine Klausel, die im Falle der Weigerung der Gemeinden, die Notverordnungen durchzuführen, die Aufsichtsbehörde ermächtigt, die Steuern diktatorisch festzusetzen.

Pfeffersack-SPD. für Diktatursteuern

Hamburg, 25. September. (Eig. Bericht.) Der Koalitionssenat mit seinen acht sozialdemokratischen Senatoren hat beschlossen, 12 Millionen Mark neue Steuern auf Grund der Hindenburg-Notverordnung einzuführen. Aus der Gemeindebiersteuer sollen 2,4 Millionen herausgeschunden werden, die Gemeindegetränkesteuer soll 8,6 Millionen bringen, die Gewerbesteuer für freie Berufe ist mit 1 Millionen in Ansatz gebracht. Außerdem soll die Abführung aus den Raubgewinnen der Wasserwerke um 6,5 Millionen gesteigert werden, so daß die ungeheuer hohen Wasserpreise noch eine Steigerung erfahren. **Für den Wohnungsbau ist aus den bereits bewilligten Mitteln ein Abstrich von 8,5 Millionen vorgenommen worden.** Die Einführung der Bürgersteuer nach Maßgabe der Hindenburg-Verordnung hat der Koalitionssenat „in Erwägung gezogen".

Sachsens SPD. stimmt die eigenen Erwerbslosenanträge nieder

Dresden, 24. September. (Eig. Ber.) Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat gegen die Forderung der Kommunisten, ihren eigenen Antrag auf Unterstützung der Erwerbslosen endgültig zu verabschieden, gestimmt.

Wenige Tage vor der Wahl veröffentlichte die SPD. ihren Antrag auf der ersten Seite der „Dresdner Volkszeitung" und verbreitete ihn als Sonderwahlflugblatt in hunderttausenden Exemplaren. Sie versprach, den Antrag am Tage nach der Wahl zu stellen.

Am 15. September stimmte die SPD.-Fraktion für Schluß der Sitzung. Am 23. September stimmte sie zweimal gegen die sofortige Schlußberatung ihres eigenen Antrags, weil dieser sonst zweifellos angenommen worden wäre. Der Antrag wurde gegen den Protest der KPD. in einem Ausschuß begraben.

Notverordnung ohne Befragen der Stadtverordneten durchgeführt

Leipzig, 24. September. (Eig. Bericht.) Der Rat der Stadt Leipzig, in dem eine Reihe „linker" Sozialdemokraten sitzen, hat beschlossen, auf Grund der Notverordnungen Brünings die Gemeindebier-, Gemeindegetränkesteuer und die Negersteuer einzuführen ohne überhaupt die Stadtverordnetenversammlung zu befragen.

Hilferding verspricht: Die SPD. wird weiterhin die Diktatursteuern bejahen

Der sozialdemokratische Finanzminister a. D. Hilferding, der Vater des Erwerbslosenraubes, der Massensteuern und der Millionengeschenke für den Besitz, hat eine „theoretische Begründung" für die Lakaiendienste der SPD. gegenüber der Brüning-Diktatur entdeckt, die äußerst aufschlußreich ist. Sie zeigt, wie frech und zynisch die SPD.-Führer in der Zukunft an der Ausplünderung des werktätigen Volkes mitarbeiten werden.

In einem Interview gab Hilferding dem Vertreter der volksparteilichen „Frankfurter Nachrichten" die Stellungnahme der SPD. zu den Notverordnungen bekannt. Nach einigen einleitenden Worten über die Koalitionsbereitschaft der SPD. erklärte Hilferding:

„daß die Einstellung der Sozialdemokratie gegenüber den Notverordnungen heute anders sein müsse, als es im vorigen Reichstag der Fall war. Es sei zu bedenken, daß die Notverordnungen zum größten Teil inzwischen durchgeführt seien (durch die SPD. Die Red.), namentlich die Verordnungen, die sich auf die Sanierung des Etats und die Osthilfe beziehen. Man würde also einen heillosen Wirrwarr schaffen (!!), wenn man diese Verordnungen insgesamt aufheben würde. Die Sozialdemokratie werde jedoch ihre Zustimmung zu den Notverordnungen (!) und ihre loyale Haltung gegenüber dem Kabinett Brüning (!!) davon abhängig machen, daß die Regierung die Notverordnungen baldigst in Gesetze verwandele" (!!)

8½ Millionen Wählern hat die SPD. vorgelogen, daß sie gegen die Brüning-Regierung war, daß sie gegen die Notverordnungen kämpfen werde. Jetzt tritt sie diese Versprechungen mit Füßen. Jetzt führt sie diese Hungersteuern im ganzen Lande durch. Jetzt gelobt sie, für Ministersessel den Notverordnungen auch im Reiche zuzustimmen.

Ihr 8½ Millionen SPD.-Wähler! Erkennt, wie die sozialdemokratischen Katastrophenpolitiker euch narrten und betrogen! Den Spießgesellen Brünings habt ihre eure Stimme gegeben im guten Glauben an ihre Versprechungen.

Ihr sozialdemokratischen Arbeiter, so treibt eure korrupte Führerclique Schindluder mit euch. Tag und Nacht habt ihr Wahlarbeit für die Partei geleistet. Tag und Nacht habt ihr dadurch mitgewirkt an der Eintreibung des Steuerdiktats!

Schluß mit den sozialdemokratischen Volksbetrügern!

Das Millionenheer der Genarrten muß daraus die Lehre ziehen. Schluß mit den sozialdemokratischen Volksbetrügern! Her zur einzigen Partei, die rücksichtslos die Betrüger entlarvt und die Massen sammelt zum Kampf gegen Young-Sklaverei und Elend. Reiht euch ein in die Front des Steuerstreiks! Schart euch um die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die im Kampf um Lohnerhöhung, um den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich die Raubgelüste der Hungerdiktatur zunichte macht!

„Durchführung der Notverordnung wird mit allen Mitteln verhindert"

KPD. an der Spitze des Kampfes gegen die Brüning-Verordnungen Kommunistischer Vorstoß gegen den Krankenmord

Dresden, 25. September. (Eigene Meldung.) Die kommunistischen Kommunalfunktionäre führen den Kampf gegen die Brüning-Diktatur-Verordnungen allen Drohungen mit dem Gefängnis zum Trotz im verschärften Maße fort. In der letzten Stadtverordnetensitzung Mittweidas wurde auf den Antrag der KPD. ein Beschluß mit Mehrheit angenommen, in dem die Nichtdurchführung der Erhebung und Eintreibung der Notverordnungssteuern festgelegt wird. In dem Beschluß heißt es wörtlich: „Die Stadtverordneten sind entschlossen, sich gegen die Notverordnung mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen."

Die kommunistische Fraktion im sächsischen Landtag hat einen Antrag eingebracht, in dem verlangt wird, daß sofort Anweisungen an Städte und Gemeinden ergehen, daß in allen Fällen, wo es sich um Mitglieder von Ortskrankenkassen handelt, die Krankenschein- und Medikamentengebühren von den Gemeinden gezahlt werden, daß in allen sächsischen Staats- und Gemeindebetrieben die Gebühren vom Betrieb übernommen werden.

Gleiche Beschlüsse wurden in Gröbzig, Auerswalde und Plauen-Bernsdorf i. Sa. gefaßt.

So „sorgt" die Brüning-Regierung für Erwerbslose

Wie aus Karlsruhe berichtet wird, beabsichtigt das Schererwerk am Rheinhafen am 1. November den Betrieb zu schließen. Die Schließung wird damit begründet, daß die neueren russischen Aufträge durch die Vertragsverweigerung des Reiches nach England gegangen sind, obwohl bisher die Firma hauptsächlich Maschinen für die Sowjetunion hergestellt hat.

Dieser Fall ist ein praktisches Beispiel für die Methode der „Arbeitsbeschaffung", wie sie die Brüning-Regierung praktisch in ihrer antisowjetistischen Einstellung ausübt.

Brüning-Regierung plant

Generalabbau der Beamtengehälter

Gestaffelte Gehaltskürzung von 5 bis 30 Prozent — Beamte, kämpft mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition

Berlin, 25. September. (Eig. Bericht.)

Das Kabinett hat seine Beratungen über das künftige Regierungsprogramm, das die Grundlage für die kommende Regierungsbildung schaffen soll, weiter fortgesetzt. Außer der bereits gemeldeten Beitragserhöhung für Arbeitslosenversicherung von 4½ auf 6½ Prozent plant das Brüning-Kabinett einen großzügigen Abbau der Beamtengehälter. Zu dem bestehenden Notopfer und der Ledigensteuer sollen jetzt noch direkte Beamtengehaltskürzungen von 5 bis zu 30 Prozent durchgeführt werden.

Dieser Raub an den Gehältern der Beamten soll von der Regierung zur weiteren Senkung der Besitzsteuern verwendet werden.

Die Beamten werden zusammen mit den Arbeitern in den Betrieben und den Erwerbslosen auf den Stempelstellen immer mehr in die allgemeine Katastrophe der Young-Politik mit hinabgerissen. Zum Notopfer und zur Ledigensteuer gesellt sich jetzt auch der direkte Angriff auf die miserablen Gehälter der kleinen Beamten. Darum müssen sich die Beamten eingliedern in die Kampfesfront und gemeinsam mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen die Gehaltsräuber zum Gegenschlag ausholen.

Ein Interview, das keins ist

Genosse Münzenberg schreibt uns:

Die Nummer 9 der „Weltbühne" vom 23. September 1930 publiziert ein Interview, das ich einem Herrn Hans Wesemann gegeben haben soll. Das ist nicht richtig. Wohl hat mich Herr Wesemann besucht und im Namen von Herrn von Ossietzky gebeten, ihn zu empfangen, da bei einzelnen Mitgliedern ihrer Gruppe der Ausgang der Wahl verheerend gewirkt hätte, aber bei dem ganzen Gespräch war nie die Rede, daß die Unterredung oder ein Teil als ein Interview veröffentlicht werden sollte. Diese Absicht wurde nicht einmal angedeutet, und weder hat Herr Hans Wesemann bei der Unterredung Notizen gemacht, noch mir eine Kopie seiner späteren Niederschrift zur Korrektur zugehen lassen, und für mich war es die größte Ueberraschung, als ich die „Weltbühne" erhielt mit: „Ein Interview mit Willi Münzenberg." Aus diesen Feststellungen geht klar hervor, daß sowohl der Inhalt wie die Formulierung des wiedergegebenen Gesprächs zum großen Teil nicht meine Gedanken und meine Formulierungen sind, sondern von Herrn Wesemann, der dafür allein die Verantwortung hat.

Schon allein die Tatsache, daß Berlin als faschistische Hochburg bezeichnet wurde, beweist, daß diese Sätze nicht von einem Kommunisten gesprochen oder formuliert sind. Es ist eine Binsenweisheit, daß Berlin keine faschistische Hochburg ist, sondern im Gegenteil, daß alle Versuche der Faschisten, in Berlin hochzukommen, durch die aktive kommunistische Tätigkeit verhindert wurden.

Völlig falsch wiedergegeben sind auch meine Ausführungen im Zusammenhang mit der kommunistischen Politik gegen die SPD. Natürlich habe ich niemals gesagt, es wäre Aufgabe der SPD., zu sorgen, daß die Faschisten in die Regierung kommen. Ich weiß, daß bei verschiedenen pazifistischen Gruppen die Meinung besteht, daß die Faschisten desto rascher erledigt sind, je eher sie sich durch eine Teilnahme an der Reichsregierung kompromittieren und die es deshalb gerade als eine politische Pflicht betrachten, alles zu tun, damit dieser Zustand eintritt. Das ist meine Meinung nicht, sondern ich glaube, daß **es stets die Aufgabe der revolutionären Arbeiterklasse ist, mit allen Mitteln des proletarischen Klassenkampfes zu verhindern, daß es zur Errichtung einer faschistischen oder halbfaschistischen Diktatur in Deutschland kommt.**

Gleich unrichtig und irreführend sind auch andere Teile der Ausführungen von mir wiedergegeben, die ich hoffe, später, nach meiner Rückkehr von einer längeren Auslandsreise, die ich heute antrete, in der „Weltbühne" selbst berichtigen zu können.

Willi Münzenberg.

Hafenarbeiterstreik in Danzig

Danzig, 25. September. (Eig. Ber.) Die Hafenarbeiterschaft hat ihren Streikbeschluß in die Tat umgesetzt. Heute früh setzte der Streik im Hafen mit voller Wucht ein. Die Arbeitsämter vermittelten Hunderte von Erwerbslosen zur Streikbrecherarbeit. Die Erwerbslosen jedoch verweigerten diese. Der Hafen gleicht einem Polizeilager. Im Laufe des Donnerstag demonstrierten die Hafenarbeiter gemeinsam mit der übrigen Danziger Arbeiterschaft durch die Straßen.

Die Bürokratie des reformistischen und christlichen Verbandes versuchte noch am Mittwoch, den Streik zu verhindern. Sie war aber gezwungen, eine Urabstimmung vornehmen zu lassen. Bei dieser Urabstimmung fehlten nur 150 Stimmen an der Dreiviertelmehrheit für den Streik, trotzdem die erwerbslosen Mitglieder nicht an der Urabstimmung teilnehmen durften. Der Streik steht vollkommen unter Führung der RGO. und umfaßt etwa 1500 Hafenarbeiter.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; den lokalen Teil: Franz Reichel, Langenbielau. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Peuvag", Filiale Breslau.

Unsere französischen Brüder mit uns gegen den Young-Plan!

KP. Frankreichs begrüßt Antrag unserer Reichstagsfraktion auf Einstellung der Young-Zahlungen

Das Zentralorgan unserer französischen Bruderpartei, die „Humanité", veröffentlicht einen Artikel des Genossen Gabriel Péri-Paris zum bevorstehenden Antrag der neuen Reichstagsfraktion der KPD. auf Einstellung der Zahlungen zum Young-Plan. Dieser Artikel, den wir nachstehend mit einigen unwesentlichen Kürzungen wiedergeben, ist ein neuer Beweis für den Geist des leidenschaftlichen Internationalismus, der unsere französische Bruderpartei und das gesamte klassenbewußte französische Proletariat beseelt.

Es sind kaum acht Tage her, daß die Wahlen in Deutschland den eindrucksvollen Vormarsch der Kommunistischen Partei bestätigt und der Sozialdemokratie einen fühlbaren Mißerfolg gebracht haben.

Seit einer Woche eifern die Parteien, spinnen Ränke, bereiten verdächtige Koalitionen vor, arbeiten seltsame Kombinationen aus. Selbstverständlich denkt keine einzige daran, die Versprechungen zu erfüllen, mit denen sie während der Wahlkampagne freigebig waren, kümmert sich keine um das Los der tausende Arbeitslosen, die mit dem Nahen des Winters immer mehr vom Elend gequält werden, denkt keine daran, den Widerstand der Proletarier gegen die entfesselte Offensive der Unternehmer zu organisieren.

Die einzige Ausnahme bildet unsere Kommunistische Partei.

Ihre erste Kundgebung beweist in schlüssiger Weise, daß sie des Vertrauens würdig ist, das ihr die werktätigen Massen zukommen ließ. Die kommunistische Reichstagsfraktion wird im Auftrage des Zentralkomitees der KPD. sofort bei der Eröffnung des Parlaments einen Antrag einbringen, der die Einstellung der Zahlungen zum Young-Plan fordert. Dieser Antrag ist von einer gewissen Anzahl anderer begleitet, die sehr genau den dringendsten Bedürfnissen der Proletarier entsprechen.

Unsere Freunde schlagen eine bedeutende Herabsetzung des Budgets der Reichswehr (da sieht man so recht das „Zusammenarbeiten" der Kommunisten mit dem Generalstab!) und der Gehälter der hohen Beamten und der Minister des Reiches vor. Ihr Programm beantragt auch die stärkere Besteuerung der Kapitalisten.

Alle Proletarier Deutschlands werden dieser Initiative Beifall zollen. Sie beweist, daß die KPD. eine grundsätzlich andere Partei ist. Die anderen, — selbst die lärmendsten, wie die Partei Adolf Hitlers", — die, nachdem sie mehrere Monate lang den Vertrag von Versailles, den Young-Plan und die Reparationen verflucht haben, ergehen sich in Liebeserklärungen gegenüber der Gesetzlichkeit.

Was machen seit acht Tagen die Nationalsozialisten? Sie verhandeln hinter den Kulissen mit Hugenberg und legen ihre Ansprüche in bezug auf die Verteilung der Ministerposten dar, sie geben sich, diese Tatsache läßt sich nicht leugnen, militärischen Vorbereitungen hin, deren Gefahr man nicht als groß genug aufzeigen kann. Aber keinen einzigen Augenblick lang haben sie daran gedacht, eine Initiative zu ergreifen, die den Phrasen entspräche, mit dem sie versucht haben, die Arbeiterklasse ihrer Kommunistischen Partei abspenstig zu machen.

Aber die Proletarier Deutschlands dürfen nicht die einzigen sein, die die Beschlüsse des Zentralkomitees der KPD. billigen. Es ist notwendig, daß man in Berlin und in Paris — vor allem in Paris — wisse, daß die Proletarier aller Länder, die Proletarier Frankreichs an allererster Stelle, vorbehaltlos die Aktion ihrer Genossen in Deutschland gutheißen.

Sagen wir es ganz laut heraus: Jeder in Deutschland gegen den Young-Plan und gegen den Vertrag von Versailles geführte Kampf ist unser Kampf.

Hand in Hand mit den Proletariern Deutschlands haben wir im Jahre 1923 die Ruhrbesetzung bekämpft. Hand in Hand mit ihnen beabsichtigen wir außerdem, den Vertrag von Versailles und den Young-Vertrag nicht zu revidieren oder abzuändern, sondern revolutionär abzuschaffen.

Die Aktion, die unsere Genossen in Deutschland einleiten, ist auch eine hervorragend internationale Aktion. Sie wird nur dann fruchtbar, wenn die Proletarier der Siegerländer mit ihrer Solidarität für die KPD. nicht kargen.

Unter den zahlreichen Gründen, aus denen wir vorbehaltlos mit der kommunistischen Reichstagsfraktion einig sind, wenn sie die Einstellung der Zahlung der Young-Entschädigungen fordert, wollen wir zwei wesentliche hervorheben:

1. Die Proletarier Frankreichs können aus der Versklavung ihrer Brüder in Deutschland keinen Gewinn ziehen, ganz im Gegenteil. Die Reparationszahlungen haben einige Magnaten bereichert; sie haben der Regierung Poincaré und der Regierung Tardieu dazu gedient, ihren Staatsapparat und ihr Militärsystem zu verstärken. Dagegen können dank dem schrecklichen Elend, dem die Arbeiter Deutschlands ausgeliefert sind, die Unternehmer in unserem Lande ohne weiteres die Lebensverhältnisse der französischen Arbeiter verschlechtern und eine Offensive gegen deren Löhne entfesseln. Die Senkung der Lebenshaltung der Arbeiter Deutschlands muß sich auch auf die Lebenshaltung der Arbeiter Frankreichs auswirken.

2. Die Initiative unserer Genossen in Deutschland hat das große Verdienst, die Hitler-Partei in meisterhafter Weise zu entlarven. Die Hitler-Führer sind die Leute des Großkapitals. Ihre unverschämte Demagogie ließ sie in den Augen zahlreicher Arbeiter als aufrichtige Feinde des Young-Plans erscheinen. Die Arbeiterabgeordneten der KPD. reißen ihnen ohne weiteres das Flitterwerk, mit dem sie sich behangen haben, vom Leibe. Hitler wird nunmehr in seiner scheußlichen Nacktheit eines Agenten der Machthaber erscheinen, die die Arbeiter zum Elend und zur Verknechtung verurteilen.

Dadurch, daß die Kommunisten Deutschlands derart handeln, versetzen sie den Faschisten den härtesten Schlag und leisten der Arbeiterklasse der ganzen Welt den größten Dienst.

Pilsudski herrscht in Warschau, Horthy in Budapest, Mussolini in Rom, Tardieu in Paris. Hitler ist in Berlin. Aber die Arbeiter Deutschlands sind daran, ihn an der Gurgel zu packen. An einem wichtigen Abschnitt des internationalen Klassenkampfes findet der Faschismus einen starken Gegner.

Die französischen Arbeiter werden alles tun, um die treffliche Aktion der deutschen Kommunisten zu unterstützen.

Abrechnung mit den Klassenfeinden!

Das siegreiche Proletariat säubert sein Land von konterrevolutionären Verbrecherbanden — 48 Schädlinge in Moskau hingerichtet

Moskau, 25. September. Das Kollegium der Staatlichen politischen Verwaltung prüfte im Auftrage des Zentral-Exekutivkomitees und des Volkskommissarenrates der Sowjetunion die Angelegenheit der konterrevolutionären Organisation auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung. Der Führer der Organisation, Alexander Rjasanzew, Eugen Karatygin und 46 anderen Organisatoren und aktive Teilnehmer an der Schädlingstätigkeit in verschiedenen Lebensmittelversorgungsorganen wurden zum Tode verurteilt. Das Urteil ist bereits vollstreckt.

Die Entrüstung der Sowjetarbeiterschaft, die mit unbeschreiblichem Elan an der Vollendung des sozialistischen Aufbaues arbeitet, über die Verbrechen der konterrevolutionären Schädlingsorganisation auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung ist unbeschreiblich. Die Sowjetpresse veröffentlicht eine Unmenge von Telegrammen und Entschließungen von Belegschaften und proletarischen Organisationen, die die GPU. zu ihrem erfolgreichen Schlage beglückwünschen und schonungslose Abrechnung mit den Feinden der proletarischen Diktatur fordern. Das unerbittliche Urteil des GPU.-Kollegiums löst große Genugtuung aus.

Die englisch-französischen Verhandlungen gescheitert

Paris, 25. September. Die französisch-italienischen Flottenverhandlungen wie auch die politischen Verhandlungen zwischen Paris und Rom sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Regierungen beschuldigen sich gegenseitig der Unversöhnlichkeit.

Den letzten Anstoß zum Abbruch dieser Beratungen, die infolge der scharfen imperialistischen Gegensätze zwischen Italien und Frankreich von Anfang an äußerst schleppend waren, gab der Ausgang der Reichstagswahlen in Deutschland.

Die scharfe Herausbildung von zwei geschlossenen Klassenfronten, der mit Hilfe von radikalen Phrasen über einen „nationalen Befreiungskampf" errungene Erfolg der Nationalsozialisten verstärkt das Moment der Unsicherheit in allen Beziehungen der imperialistischen Mächte untereinander. Der Vorstoß des deutschen Faschismus wird neue imperialistische Gruppierungen nach sich ziehen. Insbesondere Mussolini erhofft eine Rückenstärkung gegenüber Frankreich, während umgekehrt Frankreich bemüht ist, sich gegen eine mögliche weitere Annäherung Italiens und Deutschlands zu wappnen.

Spaniens Proletariat marschiert

Madrid, 25. September. In Santiago de Compostela ereigneten sich scharfe Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei. Diese Polizeitruppen schossen in die Menge. Ein Arbeiter wurde getötet, zahlreiche andere schwer verletzt. Auf die Kunde von den blutigen Zusammenstößen verließen die Studenten die Universität und unternahmen gemeinsam mit den Arbeitern einen Sturm auf städtische Gebäude.

Der Vizepräsident der Philippinen hat seinen Rücktritt erklärt, nachdem die amerikafeindlichen Kundgebungen zu einer Massenbewegung geworden sind.

Moreau, der Gouverneur der Bank von Frankreich ist zurückgetreten.

Während wir den Frieden feierten

Von Henri Barbusse

Andere Leichen waren aufeinandergeschichtet: Man hatte Kinder, Mädchen oder Jünglinge gezwungen, sich auf ihren Vater oder ihre Mutter zu legen. Dann jagte man den Säbel durch die aufeinanderliegenden Körper und nagelte sie so an der Erde fest.

Samuel Schwartzbard lief aufgeregt und verstört wie ein Trunkener von einem Haus zum anderen. Das ganze Judenviertel war zu einer Totenstadt geworden, die in hartem Lichte dalag. Er sah, wie sich in einem Haus die Vorhänge bewegten: aber als er taumelnd über die Schwelle trat, sprangen Gestalten auf, die sich an den Leichen und den Gegenständen zu schaffen gemacht hatten. Sie flohen: Diebe waren in das Haus gedrungen. Alle oder fast alle Bewohner der Häuser waren tot. Ein furchtbares Schweigen lag über der Judenstadt, und der Geruch frischen Fleisches durchzog sie. Aus den Leichen tropfte noch das Blut, und das Auge sah, wie die Lachen allmählich größer wurden. Als Samuel ganz impulsiv Kleider über die nackte, verstümmelte Leiche eines wunderschönen Mädchens legte, fühlte er, daß ihr Körper noch ganz warm war.

Das Ganze war leicht zu verstehen: zwischen zwei und fünf Uhr waren die Kosaken Semessenkos und Petljuras da gewesen, die prächtigen Truppen, die er vorhin mit klingendem Spiel hatte vorbeimarschieren sehen. In den erleuchteten Häusern waren alle Bewohner tot, aber in manchen Häusern, die dunkel waren, lebten noch Menschen. Dort hatten sich die Entflohenen zusammengefunden. Aus Trauer, Furcht und Abscheu hatten sie die Lichter gelöscht und sich verborgen.

Samuel trat in eines dieser Häuser ein — er taumelte vor den entsetzlichen Bildern des Elends und Jammers. Einige stöhnten ununterbrochen, andere weinten erschütternd und zitterten wie Espenlaub. Und andere vermochten nicht einmal mehr zu weinen. Nur undeutlich ließen sich ihre Gestalten in der Dunkelheit unterscheiden. Eine leise Stimme erzählte schaudernd unter Flüchen Einzelheiten:

„Hier wurde der Familienvater gemartert und in Stücke zerhauen, mitten unter seinen Angehörigen, die gezwungen wurden, dem furchtbaren Schauspiel zuzusehen. Dann wurden die Frau, die Töchter und auch die kleinen Mädchen vergewaltigt, totgeschlagen und zerhackt. Alles wickelte sich mit militärischer Schnelligkeit ab.

Petljuras Kosaken hatten sogar Mütter gezwungen, ihre Babys selbst mit einem Messer zu erstechen oder ihnen die Gurgel durchzuschneiden. Das gemordete Kind verströmte sein Blut in den Armen der Mutter, die ein paar Minuten später umgebracht wurde. Aber man ließ ihr Zeit, erst alle Verzweiflung zu erleben.

Anderen Opfern hatte man befohlen, sich nackt auszuziehen. Die ganze Familie stand nackt da: die mageren Greise, die fetten Frauen und die zierlichen Töchter zeigten ihre bloßen Körper und vergingen dabei vor Scham. „Und nun tanzt!" Sie tanzten wirklich. Einer nach dem anderen wurde dabei niedergeschlagen, und der letzte durfte nicht eher aufhören, bis ihn eine Kugel oder ein Säbelhieb zu den Seinen hinstreckte.

Andere wieder wurden nackt mit den Händen an die Decke gehängt, und ein Feuer wurde unter ihnen angezündet. Die Soldaten wetteten, wer mit einem Schlag das größte Stück Fleisch heraushauen könnte. Die Fleischstücke wurden geröstet und andere Opfer gezwungen, sie zu essn.

Andere mußten vor dem Tod ihre Kleider aufessen. Ein Alter wurde rasiert und mußte seinen Bart essen. Er wurde dann abgewürgt, als man sich genug mit ihm belustigt hatte.

Der junge Spektor wurde vor den Augen seines Vaters geschlachtet, den man zwang, das Blut seines Kindes zu trinken.

Arme, Beine, Lippen wurden abgeschnitten, Augen ausgerissen und schwangere Frauen ausgeweidet. In den Häusern verwendete man nur die blanke Waffe, auf den Straßen aber schoß man mit Maschinengewehren hinter den Fliehenden her, die aus den Fenstern gesprungen waren."

Diese Schiffbrüchigen, die auf einem Blutmeer dahintrieben, wußten sehr gut, daß der Pogrom von Proskurow, der in drei Stunden dreitausendfünfhundert bis viertausend Opfer, davon vintausendachthundert Tote, gekostet hatte, nur eine Episode der systematischen Ausrottung der Juden war, die im ganzen Lande, seit es unter der Herrschaft Petljuras stand, vor sich ging.

Proskurow, Elisabethgrad, Jitemir, Bar, Petschera, Filchtine und fünfzig andere ukrainische Orte haben die schrecklichsten Metzeleien und ein unsagbares Martyrium erlebt. In den Jahren von 1917 bis 1920 wurden nach den niedrigsten Schätzungen hunderttausend Menschen hingemordet, die alle unschuldig waren. Es läßt sich nicht einwenden, daß dies eine Uebertreibung sei. Es existieren Protokolle, es liegen unzählige Berichte und genaue Untersuchungsergebnisse vor, so daß sich an den Tatsachen überhaupt nicht zweifeln läßt. Und sicher ist nur, daß noch viele Schandtaten verborgen geblieben sind.

Es läßt sich nicht einwenden: die Juden waren Unterdrücker. Sie waren friedliche Menschen, die sich überhaupt nicht um Politik kümmerten.

Es läßt sich nicht einwenden: ein Kommandant kann nicht für die Schandtaten seiner Leute verantwortlich gemacht werden. So stark auch der Widerstand gegen Semessenko, Palienko, Angbel, Petrow, Koshr-Zyrko und die anderen Bestien in Menschengestalt — sie lassen es sich heute vielleicht in irgendeiner großen Stadt gut gehen, wie der Bandit Makno in Paris — sein mag, die alle großen Pogrome während der Zeit leiteten, da Petljura seine Militärdiktatur ausübte, — wir müssen doch feststellen, daß Petljura die alleinige Verantwortung dafür trägt. Denn die Vorfälle waren der Ausfluß eines sadistischen Nationalismus und Antisemitismus. Jegliche Beschwerde wurde abgewiesen: „Dreckige Juden!" Das genügte. Der Hetman Petljura hat von Exekutionen gewußt und sie gefördert. Hinterher freilich fand er vor dem Volke vornehme Trostworte. Er hat selbst erklärt, die Pogrome seien zur Erhaltung des guten Geistes der Armee notwendig. Den Ueberlebenden dieses Massenmordes hat er gesagt: es war unrecht, euch am Leben zu lassen. Und wenn von der Uneigennützigkeit des Scheusals gesprochen wird, dürfen wir nie vergessen: fast immer folgten den Metzeleien Plünderungen und schwere Geldbußen. Tatsächlich ist die jüdische Bevölkerung der Ukraine ruiniert und zugleich dezimiert worden. Der Meuchelmörder Petljura war auch ein Dieb.

Darüber sprachen an jenem Abend die armen Ueberlebenden im jüdischen Viertel, als sie eng beieinander in einem der wenigen Häuser saßen, in denen es noch Bewohner gab.

Vor mir liegt eine Zeitung, in der ich die Nachricht lese: „In den nächsten Tagen wird vor dem Gerichtshof der Seine die Verhandlung gegen den jüdischen Mörder Samuel Schwartzbard stattfinden. Am 25. Mai 1926 traf Schwartzbard auf den in Paris lebenden Kosakenführer Petljura, der sich gerade in ein Restaurant begeben wollte, zu, fragte ihn, ob er Petljura sei, und streckte ihn darauf mit einem Revolverschuß nieder."

(Aus: Henri Barbusse, „Tatsachen".)

Rund um den Erdball

Wer ist der Ermordete?

Ein Versicherungsmord in Rastenburg

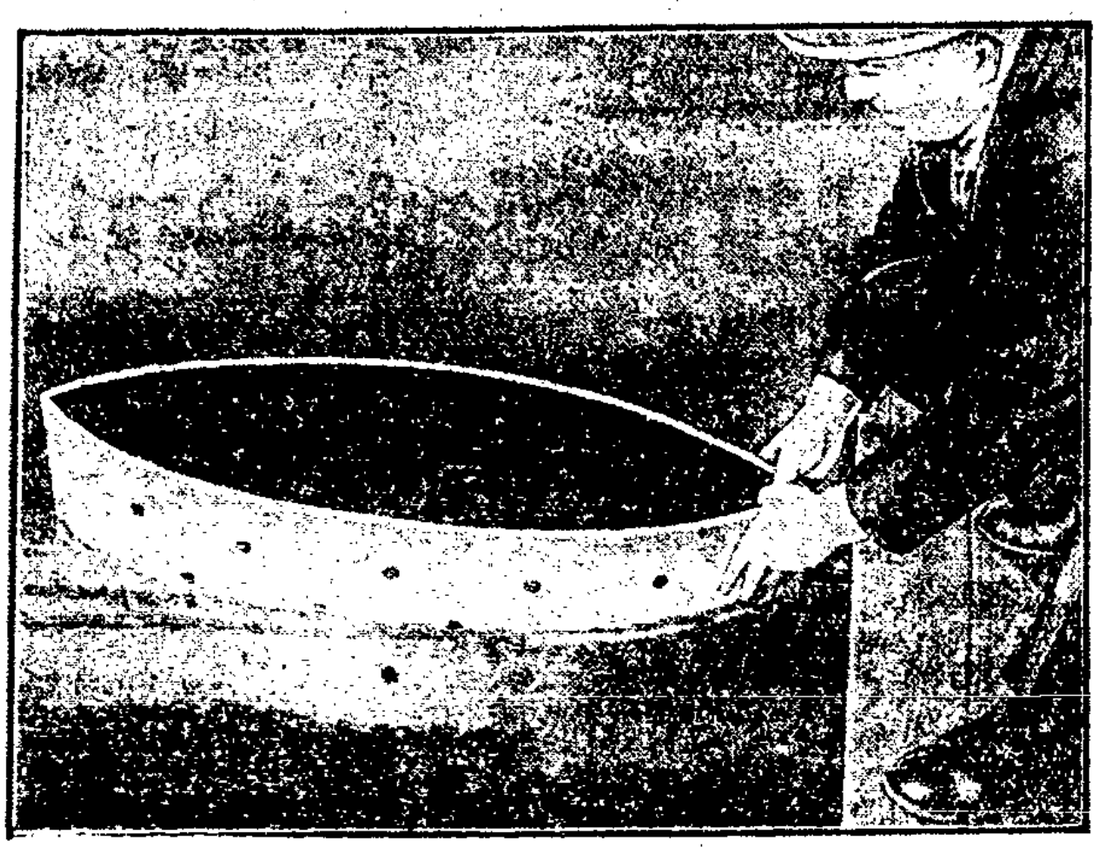
Ein zweiter Fall Tetzner?

Rastenburg, 25. September. In der Wahlnacht war in dem Kaufhaus Platz in Rastenburg ein Feuer entstanden, das auf Brandstiftung zurückgeführt wurde. Am Tage nach der Wahl vermißte man den Schwiegersohn des Hausbesitzers Safran und nahm zunächst an, daß dieser in den Flammen umgekommen sei. Dann aber stellte man fest, daß Safran erhebliche Schwindeleien und Versicherungsbetrügereien begangen hatte und nach dem Brande geflohen war.

Nun hat der Vorfall eine aufsehenerregende Wendung genommen. Man hat Leichenteile an der Brandstätte vorgefunden, die jedoch nicht von Safran stammen können, da er von mehreren Zeugen auch nach dem Brande gesehen wurde. Die Polizei vermutet jetzt, daß es sich hier um einen Versicherungsmord handelt, der in seiner Grausigkeit an den bekannten Fall Tetzner in Mitteldeutschland erinnert. Anscheinend hat

der Brandstifter eine Leiche an die Brandstelle geschafft, um damit den Anschein zu erwecken, Safran sei durch einen Unglücksfall ums Leben gekommen.

Bis jetzt gelang es noch nicht, eine Spur von dem geflohenen Safran, den man als den mutmaßlichen Mörder des unbekannten Toten betrachtet, zu finden.



Ein Schiff das nicht untergehen kann

Nach achtjährigen Versuchen ist dem Monteur Felberg aus Düren die Herstellung einer Masse gelungen, die eine besonders starke Auftriebskraft besitzt. Ein eisernes Schiffmodell von 90 cm Länge, daß diese Masse in seinem Boden enthält, geht trotz einer Belastung mit 25 kg und trotz der Durchbohrung seiner Wände nicht unter. Selbst, wenn das Modell ganz untergetaucht wird, steigt es sofort wieder empor und läßt das Wasser durch die Seitenluken abfließen. Diese neue Erfindung findet starkes Interesse in Schiffahrtskreisen.

Tschechoslowakische Klassenjustiz baut

Potemkinsche Dörfer in Prag

Teilnehmer des internationalen Kriminalistenkongresses werden hinters Licht geführt

Prag, 25. September. (Rote-Hilfe-Bericht.) Bei dem kürzlich stattgefundenen internationalen Kriminalkongreß in Prag sollte u. a. auch die politische Abteilung des Strafgefängnisses in Pankrac besichtigt werden. Die Gefängnisverwaltung stellte in Erwartung der Gäste das ganze Haus auf den Kopf, um einen guten und natürlich falschen Eindruck zu erwecken. Die politischen Gefangenen beschlossen, beim Eintreffen der Delegation eine Demonstration zu veranstalten.

Leider erhielt die Gefängnisdirektion davon Wind. Die politischen Gefangenen wurden kurz vor Eintreffen der Delegation in einen entfernten Flügel verlegt, den Besuchern wurden dafür Kriminelle als politische Gefangene gezeigt.

Verantwortlich dafür ist der sozialfaschistische Justizminister Dr. Meißner. Was aber natürlich seine Freunde nicht abhalten wird, weiterhin recht ausgiebig über „potemkinsche Dörfer in der Sowjetunion" zu schimpfen.

Erdbebenkatastrophe in Tadschikistan

Sieben Dörfer vernichtet — 175 Tote, 300 Verletzte
Großzügige Hilfsaktion der Sowjetregierung

Moskau, 25. September. In der Nacht zum Donnerstag zerstörte in der Nähe von Stalinabad in der Sowjetrepublik Tadschikistan ein starkes Erdbeben sieben Dörfer und richtete in weiteren zehn Dörfern erhebliche Verheerungen an. Bisher wurden insgesamt 175 Tote und über 300 Verletzte festgestellt. Etwa 1200 Familien sind obdachlos geworden. Die Sowjetregierung hat sofort alle notwendigen Maßnahmen zu einer großzügigen Hilfeleistung eingeleitet.

Beim Spielen verunglückt

Drei Kinder in einer Sandgrube erstickt

Nürnberg, 25. September. In einer Sandgrube in der Nähe des Dorfes Eukering wurden drei Knaben im Alter von 6 bis 11 Jahren beim Spielen von Sandmassen verschüttet. Obwohl das Unglück sofort bemerkt wurde und die Verschütteten nach einer halben Stunde geborgen werden konnten, war es leider zu spät. Die drei Knaben waren bereits erstickt.

Aus Unachtsamkeit seine Frau erschossen

Der 65jährige Rittergutsbesitzer von Koppi erschoß in der Umgebung von Breslau auf der Rebhuhnjagd seine 56jährige Frau durch eine Unachtsamkeit. [illegible] war an dem lehmigen Wege ausgeglitten, wobei sich das Gewehr entlud. Die Schrotladung traf die Frau [illegible] die Schulterblatter und tötete sie auf der Stelle. Aus Verzweiflung über den Tod seiner Frau verübte Koppi sofort Selbstmord.

Wieder 2 französische Militärflugzeuge verunglückt

Am Mittwoch stürzte in der Nähe von Marokko-Stadt wieder ein französisches Kampfflugzeug ab. Der Apparat ging in Trümmer. Der Führer war auf der Stelle tot. Das zweite Unglück ereignete sich bei Chalons sur Marne. Ein Militärdoppeldecker überschlug sich beim Start und wurde vollkommen zertrümmert. Der Führer mußte schwerverletzt ins Krankenhaus transportiert werden.

Grubenunglück bei Johannisburg

Ueber 50 Kumpels verschüttet — Bisher vier Todesopfer

Johannisburg, 25. September. Auf der City-Depp-Grube in der Nähe von Johannisburg hat sich am Mittwoch eine schwere Grubenkatastrophe ereignet. Durch Bruch einer Druckluftleitung entstand eine Explosion, durch die rund 50 Bergarbeiter verschüttet wurden. Nach stundenlangen mühevollen Rettungsarbeiten gelang es, 51 Bergleute, die sämtlich mehr oder weniger schwere Verletzungen davongetragen hatten, zu bergen. Vier Kumpels wurden getötet. Mehrere sind zur Zeit immer noch verschüttet.

Brandkatastrophe in der Neumark

Landsberg, 25. September. In Trebitsch im Kreise Friedeberg in der Neumark ereignete sich Donnerstag früh ein schweres Brandunglück. Die Frau des Landwirts Neumann wollte auf dem Herd einige Kochtöpfe umsetzen, wobei sie mit ihrer Schürze dem Feuer zu nahe kam, so daß ihre Kleider im Nu zu brennen anfingen. In ihrer hilflosen Lage rannte sie auf den Hof, wodurch die Flammen erst recht angefacht wurden. Als man sie auffand, hatte sie bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß sie alsbald nach der Einlieferung ins Krankenhaus verstarb.

Bluttaten eines Wahnsinnigen

Vater und Schwester erschossen — Drei Passanten schwer verletzt

Brüssel, 25. September. In dem belgischen Dorf Hammes les Termonde erschoß ein Sohn in einem Anfall von Wahnsinn seinen Vater und seine Schwester. Darauf rannte er mit dem Gewehr auf die Straße und verletzte dort drei Passanten schwer. Erst nach einer aufregenden Verfolgung konnte der Wahnsinnige festgenommen und in ein Krankenhaus übergeführt werden.

Rationalisierung auch im Walfischfang

Die Kieler Germania-Werft hat im Auftrage einer englischen Firma ein neuartiges Walfang-Schiff gebaut. Das Heck des Schiffes enthält eine riesige Gleitbahn, die von der Höhe des Wasserspiegels an Deck führt und ein leichtes an Bord bringen der erlegten Wale ermöglicht.

In die Krallen von Erpressern geraten

Buchhalterin unterschlägt 100 000 Mark

Durch sexuelle Hörigkeit auf Abwege geraten

Köln, 25. September. Wie wir bereits gestern berichteten, ist hier eine Buchhalterin, die seit 14 Jahren beim Syndikat der deutschen Holzschraubenfabriken angestellt war, festgenommen worden, weil sie seit einem halben Jahre Unterschlagungen in Höhe von rund 100 000 Mark begangen hat. Wie bekannt, hat die Buchhalterin das ganze Geld an eine Freundin weitergegeben, die sich damit zwei Häuser, wertvolle Wohnungseinrichtungen, einen Luxuskraftwagen sowie teure Schmuckstücke gekauft hat.

Ergänzend wird zu dieser aufsehenerregenden Verhaftung bekannt, daß die Buchhalterin von dem ganzen Gelde am wenigsten gehabt hat, denn wie einwandfrei feststeht, **kleidete und ernährte sie sich ausschließlich von ihrem gerade nicht üppigen Gehalt.**

Die Polizei vermutet nun, daß die Buchhalterin durch sexuelle Hörigkeit zu der bereits erwähnten zweiten Frau auf Abwege gekommen ist. Diese Frau wird deshalb auch als die Hauptanstifterin in dem Vergehen der Buchhalterin angesehen.

Diese Frau nun, weit davon entfernt, es ehrlich zu meinen, hat sich nun mit dem Gelde der aufopferungsvollen Freundin mit einem Gastwirtssohn verheiratet. Dieser Mann wird ebenfalls als der Anstifter zu den Verfehlungen angesehen. Die gerichtliche Beschlagnahme der wertvollen Objekte, die sich die Frau von dem Gelde der Buchhalterin gekauft hat, steht bevor.

Nach den Wahlen

muß erst recht unsere Agitations- und Propaganda-Literatur verbreitet werden!

Die Massen der sympathisierenden Arbeiter und Arbeiterinnen
gewinnen wir durch die drei neuen Broschüren:

Der Fünfjahrplan und seine Feinde
16 Seiten — 10 Pfennig

Drei Millionen fordern Arbeit und Brot
16 Seiten — 10 Pfennig

Wohin führt der Weg? Werktätige Frau, entscheide!
16 Seiten — 10 Pfennig

Erhältlich bei allen Litobleuten.
Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.

Oberschlesien

Aus der Ratiborer Stadtverordnetensitzung

Kommunisten fordern Wirtschaftsbeihilfe für die Hilfsbedürftigen

Bürgerliche Mehrheit gegen die Annahme des Antrages — Erhöhung der Bier- und Getränkesteuer abgelehnt — KPD.-Fraktion fordert zum Steuerstreik auf

Preußen-Regierung diktiert sechsprozentige Mietenerhöhung

Ratibor. In der am Montag stattgefundenen Sitzung des Stadtparlaments stand ein Antrag der kommunistischen Fraktion auf Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe an alle Hilfsbedürftigen zur Beratung. Wir bringen nachstehend den kommunistischen Antrag:

„Die Ratiborer Erwerbslosen verlangen angesichts ihrer immer größer werdenden Notlage, daß, wie in früheren Jahren, die Winterhilfsmaßnahmen in Kraft treten, und zwar für alle Erwerbslosen (Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, Sozial- und Kleinrentner).

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

1. **Die Bewilligung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe, und zwar für den Hauptunterstützungsempfänger . . . 20 Mark für jedes Kind . . . . . 5 Mark**
2. **Ab sofort an alle Wohlfahrtsunterstützungsempfänger die Sätze der gehobenen Fürsorge, unter Wegfall der Bedürftigkeitsprüfung und der Altersgrenze zu zahlen.**

Ferner sind weitere großzügige Notstandsarbeiten in bezug auf Wege- und Chausseebauten sowie Kanalisationsarbeiten sofort in Angriff zu nehmen.

Der Antrag wurde vom Stadtverordneten, Genossen König unter Schilderung der großen Notlage der Hilfsbedürftigen eingehend begründet. Die Mittel zur Durchführung des Antrages sind durch Einsparung bei den hohen Gehältern freizumachen. **Die Stadt Ratibor unterhält einen Beamtenapparat, der die werktätigen Steuerzahler im Jahre zirka 1 300 000 Mark kostet. Wir Kommunisten fordern, daß die hohen Gehälter auf 500 Mark monatliches Höchstgehalt gestrichen werden. Die freiwerdenden Mittel sollen den Hilfsbedürftigen zur Linderung ihrer Notlage zugute kommen.** Wir Kommunisten wissen aber auch, daß dieses Stadtparlament, diesen im Interesse der Notleidenden gestellten Antrag ablehnen wird; deshalb rufen wir von hier aus die arbeitende Bevölkerung auf, mit uns den schärfsten außerparlamentarischen Kampf für die proletarischen Forderungen aufzunehmen.

Der obige Antrag auf Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe ist von der bürgerlichen Mehrheit dem Magistrat zur weiteren Beschlußfassung überwiesen worden, d. h. auf gut deutsch, daß seine Durchführung nicht erfolgen werde. Die Zentrumspartei hat vor dem 14. September in ihren Wahlflugblättern Ausbau der sozialen Fürsorge versprochen. Die Wahl ist vorbei! Und jetzt werden die Versprechungen durch die Ablehnung sozialer Anträge eingelöst (!).

Der Magistrat brachte eine Vorlage auf Erhöhung der Biersteuer und Einführung der Gemeindegetränkesteuer ein. Die Durchführung dieser Steuern würde eine weitere Belastung des Konsums der arbeitenden Schichten mit sich bringen. Von der kommunistischen Fraktion sprach der Genosse V. Nowak, der in längeren Ausführungen auf die Brüningsche Notverordnung und ihre verheerende Auswirkung auf die werktätigen Massen einging. **Wir Kommunisten lehnen diese Steuern ab, weil sie Massensteuern sind, und fordern zum Steuerstreik und Steuersabotage auf.** Die Abstimmung ergab mit 17 gegen 15 Stimmen die Ablehnung der Vorlage. Die Ablehnung der Erhöhung der Biersteuer ist nur deswegen erfolgt, weil ein Teil der Zentrumsstadtverordneten sich vor dieser gedrückt haben.

Die Regierung wird auf dem Verordnungswege dem Magistrat aufgeben, diese Steuer einzutreiben, deshalb ist notwendig, daß der von der KPD. geforderte Steuerstreik und die Steuersabotage von den in Frage kommenden Schichten durchgeführt werde.

In dieser Sitzung gab der Stadtverordnetenvorsteher bekannt, daß der Regierungspräsident — es ist der Zentrumsmann Lukaschek — eine Zwangssteuerfestsetzung für Ratibor vorgenommen habe, nachdem Stadtverordnete und Magistrat sich über die Höhe der Zuschläge zur staatlichen Grundvermögens- und Gewerbesteuer nicht einigen konnten. Die Zuschläge wurden für das Rechnungsjahr 1930 wie folgt festgesetzt: 500 Prozent Zuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer, 750 Prozent Zuschläge zur Gewerbeertragssteuer, 3000 Prozent Zuschläge zur Gewerbekapitalsteuer: **Bei Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmen, deren Hauptsitz außerhalb Ratibors liegt, betragen die Zuschläge 900 Prozent zur Gewerbeertragssteuer und 3600 Prozent zur Gewerbekapitalsteuer.**

Die Festsetzung der Zuschläge auf 500 Prozent zur staatlichen Grundvermögenssteuer bringt eine sechsprozentige Mietenerhöhung, rückwirkend ab 1. April d. J., mit sich. Die werktätigen Mieter in den Altwohnungen werden in der brutalsten Weise erneut belastet. Während auf der einen Seite die Löhne der Arbeiter abgebaut werden, geht die Regierung auf der anderen Seite dazu über, die Lebenshaltung der arbeitenden Massen weiter zu verschlechtern.

Dieser neue Mietraub erfolgt im Auftrage der preußischen Regierung, in der das Zentrum und die Sozialdemokratie die Politik bestimmen. Wohlweislich hat man aus Wahlagitationsgründen mit der Bekanntgabe des neuen Mietenwuchers zurückgehalten. Die proletarischen Wähler, die am 14. September der Zentrumspartei und der Sozialdemokratie ihre Stimmen gaben, haben hieraus ihre Lehren zu ziehen. Wir Kommunisten haben schon im Wahlkampf darauf hingewiesen, daß die Massenausplünderung durch Lohnabbau, Mietenwucher, Zoll- und Steuerraub nach dem 14. September ihren verschärften Fortgang nehmen wird.

Wollen die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleingewerbetreibenden ihrem völligen wirtschaftlichen Ruin entgehen, dann müssen sie mit der Kommunistischen Partei den Kampf auf Beseitigung dieser kapitalistischen „Ordnung", für ein freies, sozialistisches Deutschland aufnehmen. Es gibt keinen anderen Ausweg, der zur sozialen und nationalen Befreiung führt!

Genosse Schweda antwortet den syndikalistischen Schmierfinken in der „Freiheit"

Wir bringen nachstehend eine Abschrift der Berichtigung des Genossen Schweda zu dem Artikel „Palastrevolution bei den Beuthener Sowjets", der vorige Woche in dem Boulevard-Blättchen, genannt „Freiheit", erschienen ist.

1. Zu der Behauptung, daß von Woche zu Woche durch die Gebrüder Schweda die Mitgliedschaft dezimiert wird, muß folgendes stehen. Die Gebrüder Schweda können nachweisen, daß die Mitgliedschaft in der Partei von Woche zu Woche steigt, überhaupt seit der Zeit, wo die Artikelschreiber der Syndikalisten aus der Partei hinausbefördert wurden.
2. Unwahr ist es, daß ich anständige Revolutionäre in irgendeiner Form angeekelt habe. Ueber Lumpen in der Arbeiterbewegung werde ich in der „Arbeiter-Zeitung" in der Wochenausgabe einen Artikel schreiben, worunter auch die Verleumder der Syndikalisten fallen werden.
3. Unwahr ist es, daß ich im Jahre 1923 irgend zur Polizei mit Waffen gelaufen bin. Wahr dagegen ist es, daß die Polizei auf Grund von Denunzierungen der Leute, welche sich jetzt bei den Syndikalisten befinden, mehrere Male bei mir Haussuchungen durchgeführt, aber nichts gefunden hatte.
4. Unwahr ist es, daß ich mir durch mein Stadtverordnetenmandat irgendwelche Vorteile verschafft habe. Wahr ist es, daß ich wegen meinem Vorgehen gegen den Magistrat durch die Polizei aus dem Saale geschafft worden bin.
5. Unwahr ist es, daß ich meine Tochter durch Fürsprache beim Magistrat auf Grund meines Stadtverordnetenmandats ins Stadttheater und meinen Sohn bei der Straßenbahn untergebracht habe. Eine Erkundigung bei dem Magistrat wäre am zweckmäßigsten für den Artikelschreiber.

   Wahr ist es dagegen, daß ich einen Sohn habe, welcher aber nicht auf der Straßenbahn beschäftigt ist, sondern Schuhmacher ist und seine Werkstelle sich auf der Klutowitzer Straße Nr. 15 befindet, was die Syndikalisten gut kennen müssen, weil sie am Wahltage sein Reklameschild beschmiert haben und dem armen Handwerker großen Schaden anrichteten. Ist das der Kampf, den die Beuthener Syndikalisten gegen die Unternehmer führen?
6. Richtig ist es, daß ich und mein Bruder auf Grund unseres energischen Vorgehens als Betriebsräte fristlos entlassen worden sind und auf Grund des § 87 des BRG. unsere Entschädigung erhalten mußten. Die Artikelschreiber sind der Meinung, solche Gelder ruhig dem Unternehmer zu schenken! Wahr ist es auch, daß der Syndikalist Dziubek als Betriebsrat auf der Karsten-Centrum-Grube mit den Faschisten und der Verwaltung durch dick und dünn geht und natürlich niemals entlassen wird. Durch sein Verhalten ist der rote Betriebsrat K. Respondek aus der Arbeit entlassen worden.
7. Was die frühere Genossin Markefka betrifft, ist so viel wahr, daß sie von mir durch die Partei verlangt hat, daß ich die arbeiterschädigende Arbeit im Betrieb mit den Faschisten mitmachen solle. Darauf erfolgte ihr Ausschluß aus der Partei. Marefka ist allem Anschein nach jetzt bei den Syndikalisten.

+

Durch die obigen Zeilen unseres Genossen ist dieser syndikalistische Zeilenschinder vor der Beuthener Arbeiterschaft gerichtet. Auch die „Freiheit" durfte nicht in diesem Wahlkampf in der Front gegen die Kommunistische Partei fehlen. Auch sie ließ es sich nicht nehmen, gegen die einzige revolutionäre Partei der Arbeiter mit Verleumdungen und Schmutzkübeln zu arbeiten. Die Antwort der oberschlesischen Arbeiterschaft auch auf die Verleumdungen der „Freiheit" blieb nicht aus; das beweist der Wahlsieg der KPD. vom 14. September. Auch in Beuthen hat sich die klassenbewußte Arbeiterschaft für die Partei der sozialen Revolution entschieden. Sich weiter mit diesem Wochenblättchen auseinanderzusetzen halten wir für recht überflüssig, weil ja dieses Blatt nicht von Arbeitern, sondern von Kleinbürgern und Spießern gelesen wird.

Spaltungsabsichten der Sozialdemokraten im Freidenkerverband

Sozialdemokraten und Syndikalisten machen in Einheitsfront gegen kommunistischen Vorstand — Der alte Vorstand wiedergewählt — SPD.-Arbeitersekretär Kontrowitz besoffen wie ein Schwein! — Gegen die Spalter!

Gleiwitz. Seit Januar d. J. hat die Ortsgruppe Gleiwitz des Deutschen Freidenkerverbandes eine kommunistische Führung. Syndikalisten und Reformisten ist dies gleich unangenehm, weil die traute Vereinsmeierei und Schöngeisterei in einer ihnen unangenehmen Weise unterbunden wurde. In jeder Weise hetzten beide in trauter Einheitsfront auf die übelste Weise gegen die verhaßten Kommunisten. Schon in den letzten Mitgliederversammlungen häuften sich die Anzeichen, daß Syndikalisten und Reformisten einen konzentrierten Angriff gegen den kommunistischen Vorstand führen wollten, der ihn aus dem Sattel heben sollte, was ihnen auch bei der letzten Mitgliederversammlung infolge Abwesenheit einer Anzahl Genossen, die mit Wahlarbeit beschäftigt waren, gelang.

Die Neuwahl des Vorstandes fand am 20. September statt. Trotz verzweifelter Anstrengungen der Reformisten und Syndikalisten wurde die Neuwahl für sie eine vernichtende Niederlage. **Der kommunistische Vorstand wurde mit Mehrheit wiedergewählt. Die Mehrheit der Mitgliedschaft hat damit den Konkordatssozialisten und berufsmäßigen Arbeiterverrätern für ihre arbeiterfeindliche Politik die verdiente Quittung gegeben.**

Geradezu ein Trauerspiel für die SPD. war das Benehmen des „Arbeitersekretärs" Kontrowitz vom Deutschen Eisenbahnerverband, der sich im Anschluß an eine seiner üblichen Bierreisen in diese Generalversammlung verlief, und weil er noch Mitglied ist, an ihr teilnahm. **Besoffen wie ein Schwein, mußte er, unter Zustimmung der anwesenden Sozialdemokraten, aus der Versammlung geworfen werden.** Wüste Schimpfworte brüllend verließ er fluchtartig die Versammlung. So mancher Genosse der SPD. wird sich an diesem Schulbeispiel von der „Qualität" der SPD.-Bonzen, die die Arbeitergroschen zu Bierreisen benutzen, überzeugt haben. **Daraus die nötige Konsequenz zu ziehen, wird ihre nächste Tat sein müssen.**

Wenn es den Syndikalisten und Reformisten bei der vorherigen Mitgliederversammlung gelang, einen Mißtrauensantrag gegen den kommunistischen Vorstand durchzubringen, so hauptsächlich deswegen, weil man den Mitgliedern eingeredet hatte, daß die kommunistische Führung die Ortsgruppe spalten wolle. Wie verlogen diese Behauptung war, wies der Reformist Kallus nach erfolgter Wiederwahl in überzeugender Weise nach. Er erklärte wörtlich:

> **Nachdem wieder der kommunistische Vorstand gewählt ist, erkläre ich in aller Offenheit, daß ich alle Kräfte daran setzen werde, neben dieser Ortsgruppe des Deutschen Freidenkerverbandes eine solche unter reformistischer Führung zu schaffen."**

Diese offen vorgetragene Spaltungsabsicht des Kallus, unterstützt von seinen syndikalistischen Anhängern, löste die stärkste Entrüstung der Mehrzahl der anwesenden Mitglieder aus. Herr Kallus hat sich damit, trotz der Methode „Haltet den Dieb", selbst entlarvt. Einige zu Spießbürgern gewordene Proleten aus dem syndikalistischen Lager meckerten ähnliche Töne, wobei z. B. Bannert erklärte: „Die deutsche Verfassung gewähre mehr Demokratie und Freiheit, wie ein kommunistischer Vorstand!" Der Syndikalist Heissig stammelte, ganz verdattert über das Resultat der Wiederwahl, etwas von Loyalität und Toleranz politisch Andersdenkenden gegenüber. Sie alle aber mußten sich von vielen der anwesenden Arbeiter so manche bittere Wahrheit einstecken.

Euch, Klassengenossen, die ihr noch der Freidenkerbewegung fernsteht, sagen wir aber jetzt: Erst recht hinein in den Freidenkerverband! Stützt und stärkt die oppositionelle Führung, baut mit uns den Freidenkerverband aus zu einer Kulturkampforganisation gegen pfäffische Reaktion und Faschismus!

Jeder Arbeiterfunktionär

braucht den **„Parteiarbeiter"**

Er wird bei der Post bestellt und kostet **56 Pfennig im Vierteljahr.**

Groß-Strehlitz

Zwei Wohnhäuser in Schewkowitz niedergebrannt

Am Sonnabend, vormittags gegen 11,15 Uhr, hallten die Straßen von Groß-Strehlitz von Feueralarm wider. In der benachbarten Gemeinde Schewkowitz war ein Brand ausgebrochen, der zwei Wohnhäuser eingeäschert hat. Das Feuer war gegen 10,30 Uhr vormittags in der Besitzung des Häuslers Kischel entstanden und setzte das mit Stroh bedeckte Haus sowie die angrenzende Scheune mit Stall in Flammen. Der Brand breitete sich so schnell aus, daß hier nichts gerettet werden konnte. Besonders stark gefährdet war das Nachbarhaus des Häuslers Mroß. Man begann sofort mit der Ausräumung des Hauses und der Scheune. Als das Wohnhaus des M. durch Funkenflug vom Feuer erfaßt wurde, waren Möbel, landwirtschaftliche Maschinen usw. bereits in Sicherheit gebracht. An der Brandstelle bekämpften die Feuerwehren von Schewkowitz und Groß-Strehlitz das Flammenmeer, das schon um 13 Uhr zum Erlöschen gebracht war.

Die Krankenkassenräuber sitzen auch im Hauptbetriebsrat der Reichsbahn

Belegschaft des Ausbesserungswerkes Oppeln gegen Krankenkassenvorstand und Hauptbetriebsrat

In einer Betriebsversammlung nahm die Belegschaft des Reichsbahn-Ausbesserungswerks Oppeln Stellung zu den Verschlechterungen der Krankenkassenversicherung. Die Versammlung protestierte aufs heftigste gegen die Verschlechterungen und gelobte, den Kampf gegen die Verschlechterungen aufzunehmen und die gesamte Eisenbahnerschaft für diesen Kampf zu mobilisieren. Es wurde nachstehender Protest beschlossen:

„Die im RAW. Oppeln abgehaltene Belegschaftsversammlung protestiert aufs schärfste gegen die Krankenkassenverschlechterungen.

Vor allem aber auch dagegen, daß der Krankenkassenvorstand, wie der Hauptbetriebsrat diese Verschlechterungen ohne jeden Widerstand hingenommen haben. Durch diese Verschlechterungen wird das Gesundheitsniveau der gesamten Eisenbahnerschaft und ihrer Familien auf das Schwerste gefährdet.

Wir wenden uns an die gesamte Eisenbahnerschaft Deutschlands, den Kampf gegen diese Verschlechterungen aufzunehmen und zu unterstützen."

Oberschlesien

Drei RGO.-Betriebsräte auf Delbrückschächte ihrer Funktion enthoben!

Mit Hilfe der Klassenjustiz, weil sie die Interessen der Belegschaft wahrgenommen haben

Hindenburg. Am Freitag, dem 19. September, fand vor dem hiesigen Arbeitsgericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wagner der Termin gegen die oppositionellen Betriebsräte Rollnick, Porwoll und Witt von den Delbrückschächten statt. Der Termin dauerte von 9 bis 13½ Uhr. Den mehr als 20 Zeugen der Verwaltung standen vier Zeugen der Beschuldigten gegenüber. Von der Preußag-Verwaltung wurden Bergrat Palm, Bergassessor Hermann und zum Anlernen Bergassessor Schander kommandiert. Die beschuldigten Betriebsräte vertrat Betriebsratsvorsitzender Schieron.

Den Betriebsräten wurde zur Last gelegt, gegen Lohnabbau, Schikanen der Beamten, Spitzeltum und für Verbreitung der oppositionellen Gewerkschaftspresse Propaganda betrieben zu haben. Bergassessor Hermann stürzte sich gleich am Anfang seiner Begründung auf die „Unparteilichkeit des Richters", indem er diesem eine Zeitungsnotiz der „Arbeiter-Zeitung" überreichte, in dem die Arbeitsgerichte als Klassenjustiz bezeichnet werden. Um gleich von vornherein den ersten Vorsitzenden zu beeinflussen, erklärte er: „Sehen Sie, Herr Amtsgerichtsrat, sogar die Arbeitsgerichte werden von den Kommunisten als Parteigerichte hingestellt, von denen der Arbeiter nichts zu erhoffen hat!" Diese Hetze um „mehr Lohn", führte er aus, ist schlimmer, als wenn im Betriebe Totschläger oder Zigaretten verkauft werden. Der Vertrieb jeglicher Zeitschriften und Waren ist verboten; die Verwaltung habe aber nichts dagegen, wenn es nicht Produkte kommunistischer oder gewerkschaftlicher Oppositionsrichtungen sind. Die Schlagzeile in der Zeitung „Schlegel und Eisen" „Industriearbeiter, organisiert den Kampf", und der darin enthaltene Artikel „Lohnabbau" wird unter folgender Art vorgenommen: „Häuer werden als Zimmerlinge, Förderleute abgebaut" ist eine ungeheure Verhetzung der Belegschaft und Andersgesinnter. Auch stützte er sich vor allem auf die Zeitungsartikel des „Hindenburger Tageblatts" (Anfang August), wonach Andersgesinnte von den Kommunisten angegriffen werden. (Die Andersgesinnten sind Faschisten.)

Vom Betriebsratsvorsitzenden Schieron wurden diese auf Seifenblasen aufgebauten Argumente mit Leichtigkeit widerlegt. Zeitungsartikel des „Bergbau-Industrieverbandes", des „Deutschen" und des „Kampfblattes deutscher Arbeiter", dies sind Zeitungen von der SPD., dem Zentrum und den Faschisten, wurden vorgelegt und begründet, daß diese Blätter ebenfalls vom „Kampf" gegen Lohnabbau schreiben. Auf das Betriebsrätegesetz, Paragraphen 1, 8, 16, 66 u. a. wurde Bezug genommen, sowie auf die Reichsverfassung, Artikel 159 und 160, wonach die Vereinigungsfreiheit den Arbeitern gesichert sei. Aber all diese Argumente wurden nicht beachtet, weil es sich darum handelte, was die Kommunisten oder die Gewerkschaftsopposition tun und schreiben, ist ehrlich gemeint, und infolgedessen für den Kapitalisten und seine Lakaien gefährlich, während die Lakaienpresse von den Nazis bis zur SPD. zur Täuschung der Massen vom Kampf oder der Diktatur des Geldsacks schreibt. Daß die Opposition die Belegschaft nicht terrorisiert, sondern diese vollinhaltlich in allen Fragen mit den revolutionären Betriebsräten einverstanden ist, wurde dadurch bewiesen, indem eine Entschließung der letzten Versammlung vorgelegt wurde, wonach von der überfüllten Versammlung das Vertrauen dem Betriebsrat gegen acht Stimmen, davon vier Aufseher, ausgesprochen worden ist.

Die Zeugenaussagen seitens der Verwaltung, unter denen ein Steiger und Aufseher war, waren interessant. Wenn ihr Gedächtnis nachzulassen drohte, halfen die Klagevertreter und legten ihnen die Worte direkt in den Mund, so daß öfters sich der Betriebsratsvorsitzende sich dagegen wehren mußte. Dagegen standen die Zeugenaussagen für die Betriebsräte unter einem gewissen Druck.

Nach etwa einer Stunde verkündete der 1. Vorsitzende „Im Namen des Volkes", daß das Arbeitsgericht den Beschluß gefaßt habe, die Tätigkeit der drei Betriebsräte gelte als erloschen! **Rollnick und Genossen haben die Belegschaft für Lohnerhöhung aufgehetzt. Sie haben Unzufriedenheit gestiftet, und es verträgt sich nicht mit § 66 Ziffer 3 des BRG., Artikel 159 und 160 der Reichsverfassung kommen für Kommunisten nicht in Frage.** Die eidliche Aussage des Kwaschniok, der als Spitzel der Verwaltung fungierte, bestätigt, daß sich Porwoll und Witt gegen § 1 des BRG. vergangen haben. Nächsten Tag wurde Rollnick fristlos entlassen. Die Kollegen Witt und Porwoll wurde die 14tägige Kündigung zugestellt.

Dieses Urteil löste in der faschistischen, zentrümlichen und vor allem in der sozialdemokratischen Presse große Freude aus. Schlimmer wie die gelbe Zentrumsseuche hetzte die sozialfaschistische Meute. Der an Gehirnerweichung leidende Redakteur hielt es für besonders wichtig, von Unverantwortlichkeit, Terror der gesamten Belegschaft, von widerlicher Wühlarbeit und Nichtbefolgung gesetzlicher Bestimmungen der KPD.-Leute zu schreiben. Seine Unfähigkeit und Blödheit will er vertuschen durch bloße Schimpferei, um somit in die Laufbahn des durchgebrannten Chefredakteurs Koitz treten zu können.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition empfiehlt diesem zweifelhaften Burschen, der früher ein Schneiderlehrling war, noch den Staub von den Schuhen des Baumann zu lecken. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Organisiert den Kampf um Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition wird sich auch nicht einen Augenblick, trotz der Terrors der Kapitalisten, ihrer Justiz und dem Geschrei der Lakaienpresse, von ihrem revolutionären Wege abhalten lassen. Die Arbeiterklasse soll daraus die Lehre ziehen und sich restlos der Revolutionären Gewerkschaftsopposition anschließen. Alle ausgebeuteten, ehrlichen Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert, müssen daraus ersehen, daß nur die Opposition unter Führung der KPD. den Kampf führt. Arbeiter, sorgt für Verbreitung dieses Artikels, sorgt für Verbreitung von „Schlegel und Eisen", sorgt für Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung", tretet ein in die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Ratibor

Preußische Regierung diktiert sechsprozentigen Mietenraub

Bekanntlich hatten die Stadtverordneten die Zuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer auf 350 Prozent für das Jahr 1930 festgesetzt. Der Einspruch des Magistrats bewirkte die Festsetzung der Steuern durch die Preußische Regierung, und diese hat den Zuschlag um 150 Prozent auf 500 Prozent erhöht.

Das bedeutet eine Erhöhung der Mieten um 6 Prozent, und zwar rückwirkend vom 1. April dieses Jahres ab, d. h., am 1. Oktober eine einmalige Mietenerhöhung von 42 Prozent (nämlich für sechs Monate Nachzahlung für einen Monat Vorauszahlung) zu zahlen ist und daß vom 1. November ab der Mietspreis nicht wie bisher 145 Prozent, sondern 151 Prozent der Friedensmiete ausmacht. **Ein Mieter also, der bisher 30 Mark Monatsmiete gezahlt hat, hat am 1. Oktober 12,60 Mark mehr, also 42,60 Mark, und vom 1. November ab 1,80 Mark mehr, also 31,80 Mark, zu zahlen.**

Werktätige Mieter! Durch dieses Diktat der Preußischen Regierung sollt ihr, wie die obigen Zahlen zeigen, ungeheuerlich belastet werden. Diese erneute Mietenerhöhung soll eure elende Lebenshaltung noch weiter verschlechtern. Jetzt schon ist die proletarische Mutter nicht in der Lage, ihrem Säugling täglich Milch zu geben, weil der Hungerlohn oder die Hungerunterstützung hierzu nicht ausreichen! Wer sind die Mietenräuber? Das sind die sozialdemokratischen Minister Braun, Waentig und Grimme und der Zentrumsmann Hirtsiefer. **Was muß die Antwort der proletarischen Mieter auf diesen neuen Anschlag sein? Soll die Mietenerhöhung abgewehrt werden, so kann nur die Frage des Mieterstreiks stehen. Die Parole heißt: Weiterzahlung der alten Miete! Die massenhafte Befolgung dieser Kampfparole wird den neuen Mietenraub zunichte machen!**

Die Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

Arbeitsuchende	Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung	Krisenfürsorge
Stand am 15. September 1930:		
63 959	34 094	3 150
Stand am 30. August 1930:		
61 923	34 497	3 125
Stand am 15. September 1929:		
22 195	10 803	1 945

Auf die einzelnen Arbeitsmarktbezirke verteilt sich die Arbeitsuchendenzahl wie folgt:

Arbeitsamtsbezirk	Zahl der Arbeitsuchenden am: 30. 8. 1930	15. 9. 1930	Differenz
Beuthen	7 010	7 083	+ 73
Gleiwitz	8 070	8 136	+ 66
Hindenburg	7 342	7 281	— 61
Kreuzburg	5 547	5 221	— 326
Neiße	3 155	3 597	+ 142
Neustadt	7 454	7 980	+ 526
Oppeln	15 157	16 679	+ 1 522
Ratibor	7 888	7 982	+ 94
	61 923	63 959	+ 2 036

Die Arbeitslosigkeit erfuhr infolge der anhaltenden Entlassungen eine weitere Zunahme von 2036. Diese Zunahme erfolgte insbesondere innerhalb folgender Berufsgruppen:

Land- und Forstwirtschaft	um	397
Bergbau und Hüttenwesen	um	177
Industrie der Steine und Erden	um	450
Spinnstoffgewerbe	um	164
Baugewerbe	um	351
Verkehrsgewerbe	um	118
Lohnarbeit wechselnder Art	um	161
Angestelltenberufe	um	222.

Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres liegt die Arbeitsuchendenzahl um 41 800, also fast um das Dreifache, höher. Bei Notstandsarbeiten werden zurzeit 3225 (Vorjahr 3615) Personen beschäftigt. Zu Beginn der Berichtszeit betrug die Zahl der Notstandsarbeiter 2619, sie ist also um 606 gestiegen. Die Zahl der infolge Ablaufs der Unterstützungshöchstdauer Ausgesteuerten, die den Wohlfahrtsämtern zur eventuellen Betreuung überwiesen wurden, betrug 1888.

Gleiwitz

Zahlung der Kleinrenten

Die Zahlung der Kleinrentner-Unterstützungen findet am kommenden Mittwoch, dem 1. Oktober 1930, vormittags von 8 bis 11 Uhr im Vorraum des Stadttheaters auf der Wilhelmstraße statt. Es wird nochmals zur Kenntnis gebracht, daß die Renten von nun ab nur an die Rentenempfänger persönlich gezahlt werden. Sollte ein Rentenempfänger an den Zahlungstagen verhindert sein, persönlich zu erscheinen und beauftragt er eine dritte Person zur Empfangnahme der Rentenunterstützung, so muß der Empfangsberechtigte von dem Rentenempfänger eine schriftliche Vollmacht vorlegen. Die Unterschrift muß amtlich beglaubigt sein. — Für die Kleinrentner im Stadtteil Sosnitza erfolgt die Auszahlung der Kleinrentnerunterstützungen im dortigen Amtsgebäude.

Hindenburg

Umbenennung der Zollämter

Nach Mitteilung des Hauptzollamtes sind folgende Zollstellen umbenannt worden:

1. **in Hindenburg:**
   das Zollamt Hindenburg-Zaborze, Kronprinzenstraße in Zollamt Kronprinzenstraße;
   die Zollabfertigungsstelle Hindenburg-Zaborze Bahnhof in Zollabfertigungsstelle Poremba Bahnhof;
   das Zollamt Hindenburg-Zaborze Grenzstraße in Zollamt Plesser Straße;
   das Zollamt auf der Malojchauer Chaussee heißt jetzt Zollamt Delbrückschächte;
2. **in Gleiwitz:**
   das Zollamt Gleiwitz-Ellguth-Zabrze in Zollamt Plesser Straße.

Du weißt es bestimmt

Dein Arbeitskollege hat sich am 14. September für die Partei der proletarischen Revolution entschieden bei der Abgabe seines Stimmzettels.

Und tust dennoch nichts

damit dieser Kollege zum aktiven Mitkämpfer gemacht wird, damit er in der RGO. registriert wird, damit er die „Arbeiter-Zeitung" abonniert und in die Partei eintritt.

Du bist kein Revolutionär

wenn du dies nicht sofort nachholst. Wenn du nicht mindestens einen kommunistischen Wähler in die Partei aufnimmst.

Wenn Du nicht mindestens einen kommunistischen Wähler für die Partei wirbst

Ueber 300 000 Mk. jährlich Schmiergelder gezahlt

Oppeln. Uns wird von zuverlässiger Seite berichtet, daß ein hiesiger Unternehmer, der fast nur für den Stadt- und Landkreis Oppeln Arbeiten ausführt, also zu 99 Prozent für Private keine Arbeitsausführungen hat, in diesem Jahre steuerlich besonders unter die Lupe genommen wurde, und dabei wurde festgestellt, daß derselbe im Laufe der letzten drei Jahre jedes Jahr zirka 30 000 Mark zuwenig zur Steuerveranlagung angemeldet hat. Insgesamt sind dies über 90 000 Mark! Der gute Mann legte gegen die Steuerschraube Einspruch ein und begründete die zu niedrige Steueranmeldung mit dem Hinweis,

daß er jährlich den Betrag von 30 000 Mark für Schmiergelder aufgewendet habe.

Diese Behauptung ist so ungeheuerlich, daß nicht nur wir, sondern alle Steuerzahler der Stadt bestimmt erwarten, daß dieser Behauptung seitens der zuständigen Behörden nachgegangen werden muß und bei Bestätigung **energisch durchgegriffen wird.** Daß der Unternehmer diejenigen, die geschmiert wurden, nicht preisgeben will, können wir sehr gut verstehen. Wir verlangen, daß dieser Unternehmer schnellstens die entsprechende Besteuerung erfährt und darüber hinaus diese Schweinerei unterbunden wird.

Vom Sportfest der Freien Turnerschaft

Am vergangenen Sonntag hielt die Freie Turnerschaft auf dem BfR.-Platz ihr diesjähriges Sportfest ab. Vereine aus Hindenburg, Ohlau und Kreuzburg nahmen daran teil. Vormittags wurden bei regnerischem Wetter leichtathletische Wettkämpfe ausgetragen. Gegen 40 Sportler traten hierzu an. Infolge des nassen Bodens konnten nicht so gute Leistungen erzielt werden. Der Nachmittag begann mit den allgemeinen Freiübungen der Kinder und der Sportler. Hierauf folgte das Fußball-Verbandsspiel Adler-Hindenburg gegen Vorwärts-Kreuzburg. Das Spiel konnte Kreuzburg bei dem Stande von 3:0 für sich entscheiden. Während dieses Spieles wurden die 1500-, 3000-Meter- und Stafettenläufe ausgetragen. Nach dem Fußballspiel belebten die Handballer das Feld. Freie Turnerschaft Ohlau I gegen Freie Turnerschaft Oppeln I: Mit dem Anwurf begann ein flottes Spiel und beide Tore wurden stark bedrängt, doch konnte anfangs nichts Zählbares erreicht werden. Erst nach längerer Spieldauer kam Ohlau zum Führungstor und konnte bis zur Halbzeit ein zweites Tor erzielen, während Oppeln nur eins entgegensetzen konnte.

Nach der Pause wurde das Spiel noch lebhafter und bald konnte Oppeln den Ausgleich schaffen. Ein heißes Ringen folgte. Ohlau war überlegen und riß wieder die Führung an sich. Aus einem Gedränge schoß Ohlau das vierte Tor. Oppeln setzte alles daran, um den Vorsprung aufzuholen und wurde auch noch einmal erfolgreich. Kurz vor Schluß konnten die Gäste zum fünften Male einsenden und den Sieg mit 5:3 an sich reißen.

Für musikalische Unterhaltung sorgte der Arbeiter-Radioklub Oppeln mit Schallplattenübertragung. — Abends fand im neuen Schützenhaus Tanz statt, verbunden mit Verlosung und turnerischen Vorführungen, wie Uebungen der Sportler am Ring, Keulenschwingen der Turnerinnen, Gymnastik der Sportler, Barren der Turnerinnen und Barren der Turner. Alle Uebungen wurden von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen.

Alle Erwerbslosenvertreter

des Land- und Stadtkreises Oppeln müssen zu der am Sonntag, dem 28. September 1930, vormittags 10 Uhr, im Schützenhaus stattfindenden Kreiserwerbslosenkonferenz erscheinen.

Außerdem müssen alle Orte des Arbeitsamts Oppeln einen Vertreter zu dieser Konferenz delegieren.

Kreiserwerbslosenausschuß Oppeln.

Der V. Kongreß gegen Opportunismus in der Gewerkschaftsarbeit

Von F. Emmrich

Die Niederlage der SPD. bei der Reichstagswahl ist den ADGB.-Strategen stark auf die Nerven gefallen. Die Millionen, die aus den Mitgliedsgroschen der Arbeiter vom ADGB. für den Wahlfonds der SPD. verschleudert wurden, haben nichts genutzt. Mit großem Geschrei und tönenden Phrasen über die im Jahre 1929 erreichten Erfolge versuchen jetzt die ADGB.-Bürokraten über die Wahlniederlage der SPD. hinwegzutäuschen. Die „Gewerkschaften stärker als je", so philosophieren die Beamten des ADGB. und die SPD.-Pressereptile jetzt nach den Wahlen. Der ADGB. hat nach dem Jahrbuch 1929 4 948 267 Mitglieder. Mit besonderer Genugtuung stellt der „Vorwärts" fest, daß laut dem Jahrbuch des ADGB. die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung von 28 Millionen im Jahre 1928 auf 45,5 Millionen im Jahre 1929 gestiegen sind. Die Gesamtausgaben für Unterstützungen betrugen im Berichtsjahre 86,79 Millionen gegenüber 62,54 Millionen im Jahre 1928. **Gleichzeitig aber verringerten sich die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen von 33 Millionen im Jahre 1928 auf 13,3 Millionen im Jahre 1929.** Die Gesamtausgaben für Verwaltungskosten, Konferenzen usw. betrugen im Jahre 1929 66,3 Millionen. Die Gesamteinnahmen sind im Berichtsjahre auf 251,39 Millionen Mark gestiegen. Die Partei- und Gewerkschaftsbeamten, die ja die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter für die „völkerbefreiende" Sozialdemokratie reklamieren, trösten sich für den vernichtenden Schlag, den sie als erste Quittung von den Arbeitern bei den Wahlen erhalten haben, im „Vorwärts" mit den Worten: „Was ist der papierne Sieg der Nazis und der Kommunisten gegenüber der Kraft einer solchen gewaltigen Organisation, hinter der Millionen von Arbeitern stehen?"

Gewiß sind die fünf Millionen Arbeiter, die im ADGB. organisiert sind, bei richtiger Führung und Einsetzung der Kampfkraft, die in diesen Massen steckt, eine gewaltige Macht. Hat aber der ADGB. diese gewaltige Macht im Interesse des Proletariats für den Kampf um Lohn und Brot eingesetzt? **Wie steht es mit den Erfolgen in bezug auf die Arbeitszeit- und Lohnpolitik des ADGB. im Jahre 1929?** Nach dem Jahrbuch sind die Tariflöhne 1929 um 4,5 Prozent gestiegen. Selbst der ADGB. muß zugeben, daß die Effektivlöhne im selben Jahre um mindestens denselben Prozentsatz zurückgegangen sind und eine Hebung des Lohnniveaus im Berichtsjahre nicht eingetreten ist. In Wirklichkeit ist eine starke Senkung des Lohnniveaus eingetreten. Genau so steht es in der Arbeitszeitfrage aus. In einer Zeit, wo wir über drei Millionen Erwerbslose haben, werden auf Grund der von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarife Hunderttausende gezwungen, bis 54 Stunden und noch länger zu arbeiten.

Die zahlenmäßige Stärke der Gewerkschaften allein ist noch lange keine Garantie, daß diese im Klassenkampf gewaltige Machtfaktoren für das Proletariat sind. Es kommt auf die Strategie und Taktik der Führung, die an der Spitze steht, an, ob die Kraft der in den Gewerkschaften zusammengeballten fünf Millionen Proletarier für ihre Interessen zur Führung des proletarischen Klassenkampfes ausgenutzt wird.

Wie steht es mit der Richtigkeit der Behauptung der SPD.- und Gewerkschaftsbürokratie, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hinter ihr stehen? Wer ein Optimist ist und die Zusammenfassung der zusammengeschobenen Verbandstage als Gradmesser des revolutionären Einflusses betrachtet, muß natürlich zu einer solchen Schlußfolgerung kommen. Aber gerade die Reichstagswahlen beweisen das Gegenteil. 8,5 Millionen sozialdemokratischer Wähler stehen 4,5 Millionen kommunistischen gegenüber. Bei einem rein zahlenmäßigen Rechenexempel würde also in den Gewerkschaften das Verhältnis zwischen Reformisten und RGO. 2:1 stehen. In den Industriebezirken haben die Kommunisten einen weit größeren Anteil. Die Stimmen der revolutionären Partei des Proletariats wiegen bestimmt schwerer als die der SPD., unter denen sich Millionen Kleinbürger befinden. Das Wahlresultat in Berlin, Oberschlesien, Niederrhein, Mitteldeutschland und an der Ruhr zeigt ganz klar, wo das klassenbewußte Proletariat in den Betrieben steht. Sicherlich hat in diesen Bezirken auch die Mehrheit des gewerkschaftlich organisierten Proletariats die Stimme der Kommunistischen Partei gegeben. Woher nehmen also die Reformisten das Recht, die übergroße Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die SPD. zu reklamieren, die Gewerkschaften als Domänen und die Gewerkschaftssekretariate als Filialen der SPD. zu betrachten? **Das Wahlresultat muß jetzt die revolutionären Arbeiter anspornen, Schluß zu machen mit der Willkürherrschaft der sozialfaschistischen Bürokratie in den Gewerkschaften.** Die Beschlüsse des 5. RGI.-Kongresses zeigen für diesen Kampf den Weg.

Besonders betont wurde auf dem 5. Kongreß und in seinen Beschlüssen die Notwendigkeit des **unversöhnlichen Kampfes gegenüber den rechten Opportunisten.** Einige alarmierende Tatsachen beweisen erneut, daß es immer noch solche Elemente in unseren Reihen gibt, die unter der Maske eines Revolutionärs eine reformistische Politik treiben und dadurch die RGO. in den Augen der organisierten sowie unorganisierten Arbeiter diskreditieren. Diese Elemente haben es bisher ausgezeichnet verstanden, die revolutionären Arbeiter zu täuschen. Es ist selbstverständlich, daß mit ihnen kein konsequenter Kampf gegen die sozialfaschistische Bürokratie möglich ist. Dafür einige Beweise. Der Baugewerksbund Pößneck bewilligte in der Mitgliederversammlung mit übergroßer Mehrheit 200 Mark für den Wahlfonds der KPD. Der Vorsitzende, ein Kommunist, hat bisher die Abführung dieses Geldes an die Partei hintertrieben.

Im Schuhmacherverband Erfurt wurde trotz der Sabotage der opportunistischen Elemente in der Ortsverwaltung ein Wahlaufruf für die Liste der Kommunistischen Partei gegen drei Stimmen angenommen. Ein Antrag auf Bewilligung von 500 Mark aus der Lokalkasse wurde durch die Opportunisten (Mitglieder der KPD.) in der Ortsverwaltung abgewürgt.

Der Vorsitzende der Ortsverwaltung Weimar des DMV., ein Kommunist, sabotierte die Beteiligung des Metallarbeiterverbandes am antifaschistischen Komitee.

Während der ADGB.-Vorstand eine Million, Hunderte von Ortsverwaltungen weitere Hunderttausende und Millionen von Mark der SPD. in den Wahlfonds zahlten, ohne die Mitglieder zu befragen, lehnten es die oben erwähnten „Revolutionäre" ab, trotzdem die Mitglieder dementsprechend beschlossen, der Stimmung und dem Willen der Mitglieder zu entsprechen. In einer Zeit, wo der Faschismus frech sein Haupt erhebt, gibt es „Kommunisten", die eine Einheitsfrontaktion gegen den Faschismus sabotieren.

Ist jemand der Meinung, daß man mit derartigen „Revolutionären" die Beschlüsse des 5. Kongresses durchführen und die Mehrheit der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter erobern kann? Nein, das ist nicht möglich. Der rechte Opportunismus ist auch der beste Nährboden, auf dem die „linken" sektiererischen Tendenzen in den unteren Kadern der RGO. und in den Reihen der mit uns sympathisierenden Arbeiter entstehen, die immer wieder unter Hinweis auf die opportunistischen Abweichungen die Arbeiten in den Gewerkschaften negieren. Entsprechend den Beschlüssen des 5. Kongresses gilt es jetzt den heftigsten Kampf gegen die legalistische Einstellung von Anhängern der RGI. zum reformistischen Gewerkschaftsapparat aufzunehmen. Die Eroberung der Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist ein Prozeß, der nur bei gleichzeitigem schonungslosen ideologischen Kampf gegen den Opportunismus in unseren eigenen Reihen erfolgreich durchgeführt werden kann. Opportunisten, die, wie oben angeführt, eine wirklich revolutionäre Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften ablehnen, haben in den Reihen der RGO. nichts zu suchen. Durch die Entfernung dieses Ballastes kann die RGO. nur gewinnen.

Der 5. Kongreß hat ausführlich zu der Frage des Kampfes um die Eroberung der noch unter dem reformistischen Einfluß in den Gewerkschaften stehenden Proletarier Stellung genommen und entsprechende Beschlüsse gefaßt. Es ist klar, daß in den nächsten Monaten, wo die Lohnabbauoffensive, der Abbau der Leistungen der Sozialversicherungen, neuer Zoll- und Steuerraub mit offener und versteckter Unterstützung der SPD.-, Partei- und Gewerkschaftsbürokratie noch rücksichtsloser durchgesetzt werden wird, der Gegensatz zwischen dem Gewerkschaftsapparat und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern wachsam wird. Es ist selbstverständlich, daß, wenn wir einen zielbewußten und systematischen Kampf um die Eroberung der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter durchführen wollen, wir auch die Beschlüsse des 5. Kongresses auf ideologischem und organisatorischem Gebiet in die Tat umsetzen müssen. **Wir werden die Hunderttausende Gewerkschaftler, die am 14. September für die Kommunistische Partei gestimmt haben, entsprechend den Beschlüssen des 5. Kongresses von unten bis oben fest organisatorisch zusammenfassen.**

Diese feste organisatorische Zusammenfassung, die energisch durchgeführt werden muß, schafft die besten Voraussetzungen zur Ueberwindung des Opportunismus und macht den Weg frei für den konsequenten Kampf gegen das Trustkapital, den Sozial- und den Nationalfaschismus. Die Beschlüsse des 5. Kongresses verpflichten die Anhänger der RGI. zu einem entschiedenen Auftreten in den reformistischen Gewerkschaften, entsprechend dem revolutionären Kampfprogramm der RGI.

Rundfunk-Programm

Freitag, 26. September.

15.35: Fünf Minuten für die Hausfrau.
16.00: Das Lied vor Schubert. Paula Guttmann (Sopran). Flügel: Dr. Oskar Guttmann.
16.30: Das Buch des Tages: Amerika.
16.45: Musikalische Kleinigkeiten auf Schallplatten.
17.20: Dr. Fritz Becker: Deutsche Wirtschaftsführer.
17.45: Hans Pohl: Die Weltzuckerkrise.
18.10: Individual- und Gemeinwirtschaft. Gespräch zwischen Dr. A. Hirschfeld und Landesrat Wilhelm Winzer.
Ca. 18.45: Abendmusik der Schlesischen Philharmonie.
20.00: Dr. Rudolf Greß: Die Entwicklungstendenzen des modernen Wirtschaftslebens.
20.30: Die Musik der Oper „Der Barbier von Sevilla". Oper von Giuseppe Rossini.
21.45: Alexander Runge: Blick in die Zeit.
22.35: Reichskurzschrift.

Sonnabend, 27. September.

15.35: Kinderzeitung: Schnuffibus und der Zeitungsonkel.
16.00: Heitere Musik der Funktapelle.
16.30: Das Buch des Tages: Heiteres Wochenende.
16.45: Heitere Musik der Funktapelle.
17.15: Blick auf die Leinwand. Die Filme der Woche.
17.50: Zehn Minuten Esperanto.
18.00: Chefredakteur Kranold: Sinn und Zweck der Arbeiter-Kulturausstellung.
18.30: Schweizer Volksweisen auf Schallplatten.
19.00: Franz von Gaertner: Rückblick auf die Vorträge der Woche und Literaturnachweis.
19.30: Song. Abendmusik auf Schallplatten.
20.00: Das wird Sie interessieren!
20.30: Anneliese Abels. Max Mensing: Zur Auswahl angeboten.
22.35: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Kannst du beiseite stehen?

Neun Klassenbrüder sind durch Polizei- und Naziterror im Wahlkampf ermordet worden! Hunderte schwer und leicht verletzt! Tausende verhaftet! — Kannst du untätig bleiben?

Nein!

Du mußt sofort in deinem Betrieb, bei deinen Hausgenossen oder auf der Stempelstelle Sammellisten der Roten Hilfe zur Stärkung des Verteidigungsfonds in Umlauf setzen!

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Provinzteil (außer Oberschlesien): Ernst Wollweber, Breslau; für Oberschlesien: Fritz Jendrosch, Hindenburg. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau.

Bäckerei u. Konditorei Max Deichsel
Breslau. Friedrichstraße 6

Reserviert

Bäckerei und Konditorei
Johannes Stober
Hermannstraße 2

Gustav Putzke, Breslau
Kletschkaustr. 15 u. Benderplatz 12
die billige Einkaufsquelle in
ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Eine „PFAFF"
besitzen, heißt sich täglich ihrer erfreuen.
Verlangen Sie Prospekt!
Pfaff-Nähmaschinen-Haus
Breslau I, Reuschestr. 37-38
Telephon 253 91 (Am Königsplatz)

Zurückgekehrt
halte jetzt Sprechstunden vormittags 9-10, nachm. 4-6 U.
Dr. med. S. Loewy
Friedrich-Wilh.-Str. 52, I.

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenauflagen
prompt und preiswert
PEUVAG
Papier-Erzeugnisse- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft Berlin
Fil. Breslau
Trebnitzer Str. 50

Breslau – Zentrum
R. Karsunky & Co., Möbel
Rosenthaler Straße 2
Ecke Matthiasstraße
2733

Tschansch bei Breslau
Molkerei
Scheloske & Sohn
Kl. Tschansch b. Breslau
1401

Waldenburg
Kauft bei
Jacobsohn
Gartenstraße 6
1300

Ohlau
... nur mit Gas!
rasch, sauber, billig
1280
Rat und Auskunft beim Gaswerk Ohlau

Liebau
Alois HAMPEL, Waldenburger Straße
Inh.: Ignaz Bender 1301
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren

Sprottau
Otto Großmann, Judenstraße 3
Fahrräder und Nähmaschinen
1964 *Eigene Reparaturwerkstatt*

Grünberg
KUNELLA GOLD
mit den wertvollen KUNELLA-PUNKTEN
allein erhältlich in der KUNELLA-BUTTERHANDL.
2461

Laubau
Trinkt Laubaner Korn!
EDMUND SCHUBERT
Weinbrennerei
1484

Radio-Haberecht, Naumburger Str. 34
1685 altrenommiertes Spezialgeschäft

Wurstfabrik Gerhard Hentschel
Frühstücksstube / Versandhaus für Dauerware / Fernspr. 233
1687

BRUNO KLETTE, Richterstr. 14
1688 Papier / Bürobedarf

ANTON PILZ, Brüderstraße 13
Mühlenprodukte, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren
1689

H. SÜSSMANN, Brüderstraße 17
Tischlerei-Bedarf, Innendekoration
1690

Sächsisches Leinwandgeschäft
C. A. Frenzel & Sohn
Berufskleidung, Wäsche, Trikotagen
1691

Woll- u. Baumwollwaren, Trikotagen
Inletts / Bettfedern
Emil Bochmann
Nikolaistraße 3
1686

Reserviert

Süddeutsches Leinwandgeschäft
C. A. FRENZEL & SOHN
Berufskleidung / Wäsche / Trikotagen
1692

Deine Einkäufe
mache bei Inserenten dieser Zeitung
Die anderen wollen Dein Geld nicht!

Max Schönfelders
billige Wochenangebote
vom 12. und 19. September bleiben auch noch für die laufende Woche, soweit Bestände vorhanden, in Kraft.
Heute erwähne ich besonders:
Ia. Zervelat- und Salamiwurst,
das Pfd. in ganzen Würsten 1,48 M, ¼ Pfd. 38 Pfg.
Schweizer Käse, in ganz prachtvoller Qualität,

¼	½	1	5	10 Pfd.
—,35	—,68	1,34	6,60	13,— M

Soeben von ganz frischer Einkochung herangekommen:
Ia Vierfrucht-Marmelade,
Werbepreis: der 2-Pfd.-Eimer nur 76 Pfg.
Ia Aprikosen-Konfitüre,
aus frischen Früchten hergestellt,
Werbepreis: der 2-Pfd.-Eimer nur 1,12 M
Ferner ganz billig und erstklassige Qualität:
Tidler-Orangen-Gelee ... das 1-Pfd.-Glas 78 Pfg.
Tidlers erlesene Früchte-Marmelade, 1-Pfd.-Gl. 68 Pfg.
Oetkers Erdbeer-Konfitüre,
anerkannt erstklassiges Fabrikat, konnte von neuer Ernte im Preise ganz bedeutend ermäßigt werden,
das Glas Ernte 1929 anstatt 1,55 M,
jetzt von neuer Ernte nur 1,25 M, 5 Gläser 6,— M
u. a. m.
Max Schönfelder
Kaffee-Rösterei, Tee-Import, Waren-Versand-Haus und Weingroßhandlung
Breslau I, Albrechtstraße Nr. 56
Name und Firma bieten vollste Garantie für billigste Preise bei entsprechend besten Qualitäten.
Neu eingeführt!
Margarine, Marke „Wiesenstolz", taufrisch,
der 1-Pfd.-Block nur 46 Pfg.

D Empfehlenswerte Geschäfte in Schlesien

Liegnitz

Herrenartikel, Hüte / H. Wenzel, Frauenstraße 35 1680

Trinkt das gute Braukommune-Bier
Braukommune zu Liegnitz 1630

Verlangt die guten Piastenbiere der Liegnitzer Aktienbrauerei A.-G. 1647

Fruchtdoctor Edelobstweine 1661

Max Futter
Ring 9/10
ist billig! 1374

Zur Arbeit nur die Hose von W. Kose
Burgstraße 6 1500

Reger-Seife 1648

„Zum Haag"
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag
Tanz 1506

A. Türpitz
Konditorei u. Bäckerei
Telephon 2911
Marthastraße 1 und Ringstraße 23/24
Eingang Haynauerstraße 1661

Festsäle
Wintergarten
Jeden Sonntag großer Ball! 1 45

Polstermöbel
Metallbettstellen
billig bei
Alfred Mauersberger
Breslauer Straße 21 1653

Schuhe und Stiefel
Paul Nitschke
Mittelstraße 71 1907

Reserviert 1649

P. KWIN?KIEWITZ, Burgstr. 50
SCHUHREPARATUR
Größter elektrischer Betrieb 1499

PAUL TSCHICKART, Gerichtstr. 20
BROT- und FEINBÄCKEREI 1501

RICHARD LANGER, Angerstr. 20
KOLONIALWAREN, TABAKWAREN 1502

FLEISCH- und WURSTWAREN
BRUNO RÖHRICHT
Carthausstraße, Ecke Feldstraße 1662

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
HELMUTH WEBERSCHOCK
1663 Breslauer Straße 39

Kauft nur Stoffe und Futtersachen
Herren- und Knabenbekleidung
bei J. COHN, Ring 23/24 1646

ALFRED NEUGEBAUER
Werdermannstraße 3 1376
FLEISCH- U. WURSTWAREN

G. H. KÜHN
LIEGNITZ, Schulstraße 9 / Gegr. 1838
Fruchtsaftpresserei, Essig- und Likörfabrik 1372

SCHOLZ & KOSIG
Sedanstraße 4
Metallbetten und Polstermöbel 1373

DEUTSCHES KAUFHAUS
vorm. Breslauer Engros-Lager
Mittelstraße 39 und
Jauer, Ring,
Ecke Goldberger Straße 1375

Kleider- und Herrenstoffe
Leinen- und Baumwollwaren
1377 bei bequemer Teilzahlung nur bei
Bernhard Jakubowsky, Sophienstraße 1

Liegnitzer Beerdigungsinstitut
PAUL JOHN
Jauerstraße 20 — Tel.: 21 25 1906

Butter, Margarine, Käse
Butterhalle „Viktoria", Frauenstraße 10
Paul Delica 2684

Mitzinger-Gaststätten
Haynauer Straße 10 Glogauer Straße 16 2693

Konditorei und Café
Josef Kudlarz
Breslauer Straße 2692

Friedrich Boecker
Fleischerei und Wurstfabrik
Frauenstraße 50
Telephon 2353 2891

Landeshut

Café und Erfrischungshalle
BOBERHÄUSCHEN 1882

CARL THULMANN, Wallstraße 38/39
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel 1883

H. ROSENSTEIN, Wilhelmstraße Nr. 4
Filiale: Schmiedeberger Straße 14
Spirituosen Weine, Liköre, Zigarren 1884

Café SPORTPLATZ
empf. seine Lokalitäten / Beuchelstraße 1885

BRUNO GEORGE, Schießhausstr. 29
Kolonialwaren, Haus- und Küchengeräte, Schuhwaren 1886

EUGEN LEYSER, Kornstraße 6
Zigarren / Zigaretten 1887

FRITZ BEYER, Bismarckstr. 10
Kaffeerösterei — Kolonialwaren
Fernruf: 419 Fernruf: 419 1888

HERMANN SCHUBERTS Nachfl.
Inh.: KARL WOLFF
Kolonialwaren, Haus- u. Küchengeräte, Spirituosen 1889

SIEGFRIED BARASCH, Kirchstraße
Damen- und Herrenkonfektion, Schuhe
Hüte, Mützen und Schnittwaren 590

GUSTAV HAACKE, Wilhelmstraße 13
Damen- und Herrenbekleidung 1891

Erhard Alfred KREBS, Kornstraße 9
Kolonialwaren 1892

Reserviert

Waldenburg

L... ...onshaus
MAX SILBERMANN
Herren- u. Knaben-Bekleidung
Weinrichstraße 17 1299

S...dlerger Kaufhaus
Fritz ...h, Waldenburger Str. 17 1997

FRA... ...USLER, Mühlenstr. 7
L... ...herei 1587

Kolonialwaren empfiehlt
OSKAR W...NER, Hermannstraße 8 2101

RICHARD GABRIEL, Hermannstr. 32
Kolonialwaren und Delikatessen 2102

Licht und Funkzentrale *Kurt Thamm*
Breslauer Str. 13 Breslauer Str. 13 1585

HUGO MÜLLER NACHFOLGER
Alfred Röhnisch
Billigste Bezugsquelle für Kolonial-, Schnitt- Emaillewaren, ...
Breslauer Straße 57 1294

ROMAN WINTER
Bäckerei u. Konditorei Breslauer Str. 8 1586

„WEISSES ROSS", Inh. Bruno Grieger
empfiehlt großen Saal und Vereinszimmer zu Vergnügen und Versammlungszwecken
Charlottenbrunner Straße 62 1293

BÄCKEREI und KONDITOREI 1294
JULIUS MÜCKE
Charlottenbrunner Straße 20

EXNER & CO., Breslauer Straße
LEBENSMITTEL
GRÜNWAREN
1295 KONSERVEN

E. Schneiders Nachfolger
Damenhüte / Wäsche
Strümpfe 1296
Inh. M. EGGERT, Breslauer Straße

P. KORN, Friedländer Straße 7
Nur gute Herren- und Knaben-Bekleidung :: Alleinverkauf der Firma Louis Mosberg, Bielefeld 1298

Nied.-Hermsdorf

OSKAR BLASE, Gottesberger Str. 25
Brot- und Feinbäckerei 1983

Weine kauft man bei 1984
ERNST BUNERT, Nieder-Hermsdorf
Filialen: Altwasser: Breslauer Straße
Weißstein: Hauptstr. / Dittersbach: Hauptstr.

EMIL BUNZEL
Beste Einkaufsquelle der Werktätigen 1985

Kauft bei
A. R. OPITZ, Gottesberger Str. 6 1986

Bad Salzbrunn

J. KOSCH, Inhaber *A. Bernstein*
Likörfabrik — Destillation
Bad Salzbrunn 1998

JULIUS JUST, Ober-Salzbrunn
Die Einkaufsquelle der Werktätigen 1999

Striegau

REINHOLD SCHWABE, Ring 9
Damenkonfektion — Stoffe aller Art 2000

Drogerie „Zum goldenen Becher"
Ring 36 Jos. Unsinger
Inhaber: Apotheker Wilh. Günther 2001

Kauft bei
„LICHT" 2002

LÖWEN-DROGERIE
Art. Kalms, Ring 17 2003

Kauft Stoffe, Wäsche, Strümpfe bei
LARISCH, Ring 14 2004

CARL PAUL SCHNEIDER, Ring 5
Kleiderstoffe / Wäsche / Konfektion 2005

Bekleidungshaus OSTROWER
Ring 48 2006

Georg LANGER, Wilhelmstr. 10
Fleisch- und Wurstwaren 2007

Kolonialwaren — Tabak — Zigarren
BRUNO HAUN, Wilhelmstraße 31 2008

PAUL RUDOLPH, Ziganstr. 7
ff. Fleisch- und Wurstwaren 2009

Fordern Sie stets
KÜHNPAST-KORN! 2010

Trinkt Milch
der Molkerei RICKLIN! 2011

Ed. Naschinski, Gräbenstraße 8
Fleisch- und Wurstwaren 2012

Glas, Porzellan, Steingut, billigst bei
G. Keller, gegenüber dem Stadtbahnhof 2013

KARL VOGT, Güntherstr. 11
Kinderwagen — Korbmöbel 2014
Metallbetten — Auflegematratzen

Kauft Schuhe im
Schuhhaus WILLY HEINEMANN
2088 Wittigstraße

Bäckerei und Konditorei
GUSTAV HARTWIG, Güntherstraße 12 2089

H. KIRSCHNER, Kirchstraße 21
Kolonialwaren, Haus- und Küchengeräte
Schuhwaren 2090

Mühle und Bäckerei
G. URBAN 2091

PAUL HOFFMANN, Bahnhofstraße 28
Fleisch- und Wurstwaren 2092

OTTO KOSMAHL
Biergroßhandlung
2093 *Fabrik alkoholfreier Getränke*

Hirschberg

MAX BEHRENDT
Das gutbekannte Spezialhaus für Herren- und Knaben-Kleidung 1894

Kaufhaus Pierroff
1814

Strümpfe
Königsberger
1893 Wäsche

Obstweine
Fruchtsäfte
Liköre 1652
Spirituosen
liefern in erstklassiger Qualität
Gebr. Cassel A.-G.
Hirschberg
im Riesengebirge

Erste Hirschberger Radiohilfe
EXNER & KNOBLOCH, Schützenstraße 8
Radio-Spezialhaus 1386

G. SCHARF
Warmbrunner Platz 1379
Schuhwarenlager / Reparaturwerkstatt

Lack und Farben, jeden Ton,
kauf ich gut bei *KORB & SOHN* 1381

Auto-Fuhrpark *RADAU*
Franzstraße 1 — Telephon 674 1382

ALFRED NICOLAUS, Äußere Burgstr. 3
Frühstückstube 1383
Prima Roßfleisch- und -Wurstwaren

SIMON SACHS LEDER
Größtes Spezialgeschäft f. Schuhmacherbedarfsartikel :: Lichte Burgstraße 21 1384

FLADE & SOHN
Äußere Burgstraße 1 b
ff. Fleisch- und Wurstwaren 1378

ABRAHAM & BANDMANN
Herren- und Knabenbekleidung
Wir sind sehr billig
2110 und liefern erstklassige Bekleidung

FRITZ RUCKER, Kontessastraße 1
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren 2111

H. FRANKE, Markt 42
Greiffenberger Straße 11
feine Fleisch- und Wurstwaren 2112

RESERVIERT!
2113

FRIEDRICH REINERT
Kolonialwaren / Spirituosen
Am Burgturm — Tel. 902 1316

Brot-, Weiß-, Feinbäckerei
LIONEL NITSCHKE
Äußere Burgstr. 21 1317

GUSTAV HORNIG, Großdestillation
Drahtzieherstraße 1/2 1319

Herren- und Damen-Frisier-Salon
Heinze
Lichte Burgstraße 17 1318

Herren- und Knaben-Bekleidung
E. Ordinans
Markt 5 1387

KARL SONNTAG
Warmbrunner Straße 16
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren 1385

Georg Stüwe, Drogerie „Zum goldenen Becher"
Drogen, Farben, Photo, Parfümerie
Hirschberg, Langstraße 8 Warmbrunn, Schloßpl. 3 Schmiedeberg, Friedrichstraße 3 1380

Lebensmittel aller Art
Erich Geßner
Stauplitzer Straße 14 1315

Wüstegiersdorf

ERNST TEICHMANN, Hauptstr. 1
Kleiderstoffe, Bettwäsche
Haus- und Küchenwäsche
Trikotagen
Bei Barzahlung 5 % Rabatt 2449

PAUL LANGE, Blumenau 28
Kolonialwaren / Spirituosen / Tabake 2103

Herren- und Damen-FRISIER-SALON
Inh.: *August Franz*, Blumenau 2105

SCHUHHAUS EDUARD SCHOLZ
vorm. E. Scholz Erben 2106

HERM. LÖHRIG, Hauptstraße 3
Herrenkonfektion — Schuhwaren 2107

Brot- und Feinbäckerei
HEINR. HIPPE, Hauptstraße 136 1973

EISEN-VOGT
Haus- und Küchengeräte 2109

Schützenhaus Kaltwasser
Beliebtes Ausflugslokal Sonntags Tanz 1971

GOTTHARD GILLERT
Hauptstraße 19
Kolonialwaren / Weine / Spirituosen 1979

Kolonialwaren / Spirituosen / Tabake
ADOLF STACHE, Hauptstr. 139 1974

Aeltestes Uhrenhaus
Albert Fischer
Hauptstraße Nr. 55 2104

Vorkost-Geschäft
Anna Thielich
Ortsteil Blumenau 1975

Löwen-Drogerie
Inh.: Alfred Urban
Hauptstraße 15 2108

Milch- und Molkereiprodukte 1976
Richard Hübner
Blumenau

Leinen- und Baumwollwaren
kaufen Händler und Private preiswert im Wüstegiersdorfer
Leinenhaus *E. WUNSCH*
Eigene Fabrikation! 1977

Gottesberg

GUSTAV STELZER, Mittelstr. 23
ff. Fleisch- und Wurstwaren 1995

TRINKT MILCH
aus der Gottesberger Molkerei
Schützenstraße 12 1996

EDUARD GOERSCH, Markt 16
Buchbinderei und Papierhandlung 1989

RESERVIERT Nr. 78 1990

ARBEITER, kauft eure Kolonialwaren, Zigarren u. Spirituosen bei
PAUL FEIGE
Gottesberg, Grüssauer Straße 4
Filiale Friedland 1991

MÖBEL, reell und preiswert
G. THIEMT, Inh. *FR. FRANKE*
Fürstensteiner Straße 19 Gegr. 1880 1992

Kauft bei *LEONHARDT*
eure Rauchwaren!
Fürstensteiner Straße 38 1993

WALTER BECK, Markt 9
Glaserei und Glas-Verkauf 1987

Gustav Stelzer, Fürstensteiner Straße 11
Filiale: Kolonie Hochwald
ff. Fleisch- und Wurstwaren 2099

Alfons Grammel, Fürstensteiner Str. 14
Kolonialwaren und Delikatessen 2100

Striegau-Gräben

KAUFHAUS
Gustav Köhler — Anna Köhler 2469

VALENTIN MNICH, Fleischermeister
Dorfstraße 36 2015
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Verlangt stets
Haselbach- und Schultheiß-Biere
Paul Sperlich, Gräben 1 2016

Schweidnitz

Stets Preise prüfen bei
ERNST FUCHS
Inh.: Kurt Nothenberg
5% Rabatt!

FRITZ FEIGES
Dampfbäckerei
empfiehlt seine Spezialität in Kommiß- und Hausbackenbrot 1312

Lose der Preußischen Klassenlotterie u. sämtlicher Privat-Lotterien
Tel. 884 ständig vorrätig bei 1588
Täuber, Staatl. Lotterie-Einnahme, Bögenstraße 6
1/1 Los 40.—, 1/2 Los 20.—, 1/4 Los 10.—, 1/8 Los 5.—